

(A) (Minister Schleußer)

Ich habe klargestellt, was zur Vermögensteuer gesagt worden ist. Es geht um die Steigerung des Haushaltes. Sie haben Haushaltszahlen 1980 bis 1988 genannt. Ich bestreite sie nicht; natürlich sind sie erreicht worden. Es war ein ungeheure Kraftanstrengung, sie zu erreichen. Die Zahlen der letzten drei Jahre sind höher, allerdings bei allen Ländern, und sie können sich weitgehend auf Zwangsläufigkeiten stützen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber sie sind nirgendwo so hoch wie bei uns!)

Dazu kommen wir auch. Das ist unvermeidbar. Ich habe Ihnen auch das bei der Einbringungsrede und in vielen Diskussionen zusätzlich gesagt.

Sie haben gesagt - Herr Kollege Wickel, Sie sind da im gleichen Boot -, wie es denn eigentlich mit dem Tarifabschluß ist. Ich bin davon ausgegangen, daß Finanzpolitiker rechnen können. Es gibt einen Tarifabschluß von 6 %. Sie haben zu Recht gesagt: 1 % kostet 240 Millionen DM.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 270 haben Sie gesagt!)

(B) - 240! Herr Kollege Wickel hat korrekt berichtet. Wenn Sie nur sechs mal 240 Millionen rechnen, sind Sie sehr leicht bei der Summe von 1,44 Milliarden DM.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die haben wir nicht drin!)

- Wir haben 1,75 Milliarden DM im Haushalt für Personalkostensteigerungen stehen, Herr Kollege Schauerte; wenn Sie das nicht wissen, dann rechnen Sie noch einmal nach!

Was Sie da für ideologisch verblendet halten, dazu könnte ich Ihnen etwas sagen. Ideologisch vernagelt soll das sein. Ich will Ihnen nur eines mit auf den Weg geben: Wären wir Ihrem Vorschlag, Anteile der WestLB zu verkaufen, gefolgt, hätten Sie fünf oder sechs Jahre lang überhaupt keine Deckungsvorschläge für Ihren Haushalt gehabt; denn alle Ihre Forderungen - im letzten Jahr noch das Landeselterngehalt - decken Sie sinnigerweise mit den Anteilen aus der WestLB ab.

(C)

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Dadurch, daß wir Ihnen nicht gefolgt sind, haben wir Ihnen zumindest die Argumente gelassen, jedes Jahr erneut die WestLB zu verkaufen.

Der letzte Punkt, was die "ideologische Vernagelung" bezüglich Privatisierung angeht: Sie sprechen ein Grundstück hier in Düsseldorf an, wohl wissend, daß die Entscheidung, wie wertvoll das Grundstück ist, nicht bei der Landesregierung liegt. Es können 10 Millionen oder auch 1 Milliarde DM sein; auch das habe ich Ihnen häufig genug schon gesagt. Es liegt am Bebauungsplan, über den nicht die Landesregierung entscheidet.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

Nur, was Sie systematisch erzeugen, ist die Verschlechterung der Position des Landes, und das kann keine Unterstützung von Landespolitik sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - (D) Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 02.

Die Abstimmung darüber wird entsprechend unserer Vereinbarung nach dem nächsten Punkt aufgerufen.

Ich rufe jetzt Nummer 2 auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dazu liegt Ihnen die **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/1107 vor.

Einbezogen in die Beratung werden die **Änderungsanträge** der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1419 mit 13 Anlagen und der Fraktion der CDU Drucksache 11/1420 mit 2 Anlagen.

(A) (Präsidentin Friebe)

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Arentz (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Jürgen Büssow hat heute morgen bei der Diskussion um den Haushalt des Ministerpräsidenten die gewagte These aufgestellt, daß die Politik der Bundesregierung, die Politik der CDU jede soziale Symmetrie vermissen lasse und auf der anderen Seite Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik bleibe.

Meine Damen und Herren, so kann nur jemand reden, der sich den Sozialhaushalt dieses Landes noch nie im Leben angesehen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wer sich einmal vor Augen hält, wie diese Landesregierung in der Vergangenheit und nach dem Haushaltsplan auch wieder im Jahre 1991 mit alten Menschen umgeht, wie wenig pflegebedürftigen Menschen geholfen wird, wer sich ansieht, wie die Krankenhäuser vernachlässigt werden, wie es um behinderte Menschen im Lande Nordrhein-Westfalen steht, wer sich die jüngsten Verkündigungen des Herrn Sozialministers zur Erhöhung der Preise im Kindergarten anschaut, der kann nicht ganz bei Sinnen sein, wenn er davon spricht, Nordrhein-Westfalen sei das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist: Der Einzelplan 07, den wir jetzt beraten, bietet einen erschreckenden Beleg dafür, wie Anspruch und Wirklichkeit der SPD-Politik gerade in der Sozialpolitik meilenweit auseinanderklaffen.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Sozialhaushalt 1991 ist ein erschütterndes Dokument der Hartherzigkeit gegenüber den Menschen, die Hilfe brauchen.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Ach, Herr Arentz!)

Er ist gleichzeitig ein erschütterndes Dokument der

(C)

Geldverschwendung, wo es um ideologische Lieblingskinder der SPD geht.

(Beifall bei der CDU)

Er ist schließlich auch ein erschütterndes Dokument der Lastenverschiebung vom Land auf die Kommunen in allen möglichen Bereichen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was uns hier vorgelegt worden ist, ist schlicht und ergreifend ein unehrlicher Haushalt. Er hat mit dem Anspruch eines sozialen Gewissens überhaupt nichts zu tun, Herr Heinemann. Wenn man wie Sie ständig eine sozialpolitisch erfolgreiche Bundesregierung beschimpft,

(Lachen des Ministers Heinemann)

wenn man - und da kenne ich keinen, der das besser macht als Sie - Neid und Mißgunst in der Bevölkerung Tag und Nacht anstachelt,

(Minister Heinemann: Das habe ich lange nicht mehr gehört von Ihnen!)

wenn man immer wieder ganze Gruppen der Bevölkerung an den Pranger stellt, wie Sie es mit den Ausiedlern getan haben, indem Sie von Verhätschelung und anderem gesprochen haben,

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

und wenn dann derjenige, der wie Sie immer wieder Geld von Bonn einklagt, dort, wo er selber verpflichtet wäre zu leisten, diese Lasten auf die Kommunen abwälzt, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

dann ist das schlicht und ergreifend eine unehrliche und unredliche Politik.

Ich möchte das an vier zentralen Bereichen Ihres Haushalts einmal näher betrachten.

Fangen wir mit dem ganz zentralen Thema an, der Landessozialpolitik, mit der Frage: Was tun wir für

(A) (Abgeordneter Arentz [CDU])

die älteren Menschen? Die Zahl der Älteren, die Zahl der über 75jährigen, hat sich in Nordrhein-Westfalen in den letzten 20 Jahren von 600 000 auf 1,2 Millionen erhöht - eine Verdoppelung der Zahl der über 75jährigen.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Das ist doch schön, oder? Ich finde das erstrebenswert!)

Man müßte meinen, daß dann die Sorge um diese Menschen eine vorrangige Verantwortung einer wirklich sozialen Politik wäre. Wie es nun mit der Lage der alten Menschen in Nordrhein-Westfalen und ihrer Versorgung aussieht, da brauchen wir gar nicht auf Aussagen der CDU zurückzugreifen. Wir haben das schon vor der Landtagswahl gesagt. Nein, meine Damen und Herren, ein ganz offenkundiges Dokument der Defizite der Altenpolitik in Nordrhein-Westfalen ist der Landesaltenplan, den die Landesregierung jetzt selbst vorgelegt hat.

Ich will einmal einige Punkte nennen, Herr Heinemann, die Sie haben zusammentragen lassen. Da heißt es im Landesaltenplan: Nur jeder fünfte Pflegebedürftige, der zu Hause versorgt wird, wird von einer Sozialstation erreicht - kein Wunder, wenn man, wie Sie, über Jahre den Schlüssel "1 Mitarbeiter auf 5 000 Einwohner" unverändert läßt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das ist sozialpolitische Steinzeitpolitik, Herr Minister, die hier betrieben wird. Es gibt kein unionsregiertes Bundesland, in dem die Verhältnisse so schlecht sind wie in Nordrhein-Westfalen. Wir hätten gerne einmal gehört, wie die SPD über eine CDU-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hergefallen wäre, wenn dieser schlechte Versorgungszustand in der ambulanten Pflege hier bestünde.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich schon vorhalten lassen, was in Nordrhein-Westfalen nicht in Ordnung ist.

Ich sage eine zweite Feststellung aus dem Landesaltenplan. Da steht: Die weitaus meisten ambulanten Pflegedienste stehen für kritische Bedarfssituationen in der Nacht, an Wochenenden oder an Feiertagen nicht zur Verfügung. Ja, meine Damen und Herren,

(C)

wenn wir den Familien helfen wollen, Pflege zu Hause überhaupt noch leisten zu können, dann müssen solche Zustände von einer verantwortlichen Landesregierung schnellstens geändert werden.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Haushalt leistet keinen Beitrag, diese Verhältnisse zu ändern.

Sie stellen im Landesaltenplan fest: Notwendig wäre eine Verdreifachung des Fachpersonals an den Sozialstationen, also eine Absenkung des Schlüssels von 1 : 5 000 auf 1 : 1 750. Meine Damen und Herren! Die Landesregierung sagt: Notwendig wäre 1 : 1 750. Wir haben im Ausschuß beantragt, den Schlüssel wenigstens auf 1 : 3 500 zu verbessern; das bedeutet im Klartext, 2 000 zusätzliche Fachkräfte zu finanzieren und an den Sozialstationen einzusetzen.

Was hat die SPD, was hat die Landesregierung gemacht? Sie hat es wieder abgelehnt. Herr Minister Heinemann hat am 17. Dezember 1990 eine Pressekonferenz hier im Landtag gegeben, auf der er gesagt hat: Wir werden in den nächsten zehn Jahren 280 Millionen DM zusätzlich zur Finanzierung der notwendigen Fachkräfte an den Sozialstationen zur Verfügung stellen. Dann hätte man ja annehmen müssen, bei zehn Jahren 280 Millionen DM, daß in diesem Jahr 28 Millionen DM mehr gegeben worden wären. Irrtum! Ganze 1 Million DM wollte die Landesregierung mehr geben. Das ist weniger, als die Tarifsteigerung für die Pflegekräfte ausmacht. Die SPD-Fraktion hat da noch ein bißchen "nachgemoppelt" und hat noch 2 Millionen DM draufgelegt. 3 Millionen DM mehr statt, wie versprochen, 28 Millionen mehr!

(D)

Es bleibt bei diesem unerträglichen Schlüssel von 1 : 5 000, wenn nicht heute der Landtag dem Votum der Union, unserem Antrag, folgt, endlich etwas zu tun, um die Personalausstattung an den Sozialstationen bedürfnisgerecht zu gestalten.

Aber die Vernachlässigung der Pflege in den Familien hat ja System bei der SPD. Das ist nicht nur die Minderausstattung der Sozialstationen. Schauen wir uns doch einmal an, wie es mit der Tages- und Kurzzeitpflege aussieht. Da sagt der Landesaltenplan, notwendig wären in Nordrhein-Westfalen - heutiger

(A) (Abgeordneter Arentz [CDU])

Bedarf - 6 000 bis 7 500 Plätze. Wissen Sie, wieviel Plätze es gibt? 6 000 nicht, 7 500 nicht - 166 Plätze in ganz Nordrhein-Westfalen für 587 000 Menschen über 80 Jahre! Das bedeutet im Klartext: Wenn jeder über 80jährige auch nur einmal einen Tag auf einen Tagespflegeplatz will, dann muß er sich acht Jahre lang anstellen, bis er drankommt. Dafür braucht man keine Mengenlehre, dafür reicht der Dreisatz, und den müßte selbst der Minister Heinemann noch beherrschen.

(Beifall bei der CDU)

Aber geändert, meine Damen und Herren, wird an diesen Verhältnissen sehr wenig. Die SPD-Landtagsfraktion hat gesagt: Ganze 7 Millionen DM - besser als nichts, aber es ist zu wenig - will sie dafür im Jahre 1991 zur Verfügung stellen.

Ich will Ihnen sagen, was wir für notwendig halten. Wir halten es für notwendig, daß die festgestellten und zugegebenen Defizite im Bereich Kurzzeit- und Tagespflege - das sind insgesamt 11 000 Plätze, die da fehlen - wenigstens innerhalb der nächsten vier Jahre bis 1995 abgebaut werden. Dies ist notwendig, wenn wir den Familien helfen wollen, Pflege weiterhin zu Hause machen zu können.

(B)

Es soll sich keiner täuschen! Wenn das Land an dieser Ecke spart, dann wird es auf der anderen Seite bei den Heimkosten und bei der Sozialhilfe drei- und viermal so teuer, als wenn das Geld hier eingesetzt wird. Das heißt: Sie sparen noch nicht einmal Geld, sondern Sie verlagern nur die Kosten auf einen anderen Leistungsträger, produzieren unter dem Strich vermeidbare Mehrkosten und sind damit auch noch die Ursache dafür, daß alte Menschen, die in der Familie mit Hilfe gepflegt werden können, durch die Verweigerung dieser Hilfe früher als nötig in ein Pflegeheim gehen müssen.

Was der Landesaltenplan zur stationären Versorgung sagt, geriatrisch, das spricht auch Bände. Herr Heinemann, da wird gesagt - Sie haben das auch in Ihrer Pressekonferenz am 17.12. wiederholt -, Sie wären dafür, daß in allen Gemeinden eine geriatrische Tagesklinik wäre. Wir haben 387 Gemeinden. Es gibt in ganzen vier Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine geriatrische Tagesklinik - ein Prozent von dem, was

der Minister öffentlich verspricht und für notwendig erklärt.

Wenn man das so hört, muß man sagen: Es ist wirklich ein Skandal,

(Beifall bei der CDU)

wie mit alten Menschen in Nordrhein-Westfalen von dieser Landesregierung Schlitten gefahren wird, wie mit deren berechtigten Anliegen und Interessen umgegangen wird! Offensichtlich springen Sozialdemokraten nur, wenn sich große Demonstrationen über die Straßen bewegen. Dann dürfen auch Roma und Sinti im Lande bleiben, obwohl sie schon längst rechtsverbindlich hätten gehen müssen. Aber über 1 Million alte Menschen können das harte Herz dieser Landesregierung nicht erweichen! Das halten wir für schlimm, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Giftzwerg! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen einmal mitteilen, was die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege - diesem Zusammenschluß gehört auch die Arbeiterwohlfahrt an - zu dieser Politik sagt. Es heißt:

(D)

Vor dem Hintergrund des Bedarfs bei Altenheimen und Pflegeplätzen ist die Aufstockung des Haushalts ein wichtiges Signal in die richtige Richtung. Jedoch ist der Aufstockungsbetrag von 15,2 Millionen DM neben den Bemühungen im Bauministerium als völlig unzureichend anzusehen. Der Fehlbedarf besteht heute. Und so wird es notwendig sein, kurzfristiger in großem Maße Plätze zu schaffen.

Das sagen die Leute, die vor Ort mit den Folgen zu tun haben, die wissen, daß die Wartelisten in den Pflegeheimen immer länger werden, daß Menschen in Krankenhäusern so lange liegen müssen, bis im Pflegeheim jemand gestorben ist, damit ein Bett frei wird. Dies sind die Zustände in Nordrhein-Westfalen. Wir sehen keinen vernünftigen Ansatz in diesem Haushalt, diese Zustände zu ändern.

Die SPD - übrigens auch der Minister mit seiner Pressekonferenz - versucht vor Ort den Eindruck zu

(A) (Abgeordneter Arentz [CDU])

erwecken, als wenn das, was im Landesaltenplan vor dem Hintergrund der Defizite als für die Zukunft notwendig beschrieben wird, Gesetz wäre. Der Landesaltenplan ist ein völlig rechtsunverbindliches Papier mit einer in weiten Teilen guten und ehrlichen Analyse der bestehenden Defizite,

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Sie sollten froh sein, daß die Analyse gemacht worden ist!)

aber völlig unverbindlich im Hinblick auf die Aussagen, was denn in Zukunft geschehen würde. Es ist nicht wahr, daß die Landesregierung mit dem Beschluß über den Landesaltenplan gleichzeitig beschlossen hätte, soundso viel Millionen oder Milliarden zur Verbesserung der Situation zu geben.

Der Landeshaushalt 1991, wie ihn die Landesregierung vorgelegt hat, wie ihn die SPD-Fraktion an einigen Punkten nachgebessert hat, dieser Landeshaushalt ist ein klarer Beweis dafür, daß die Landesregierung offenbar nicht daran denkt, den Versprechungen des Landesaltenplanes auch Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Dies ist dann in der Tat eine besonders schlimme Irreführung der Öffentlichkeit.

Der Finanzminister hat eben in seiner Rede so emphatisch gesagt, ohne die Lasten für die neuen Länder hätten wir alles das im Jahre 1991 tun können, was im Landesaltenplan stehe. Nun frage ich allerdings: Seit 24 Jahren ist die SPD in Nordrhein-Westfalen am Ruder, in der Mehrheit.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Die Kosten der Einheit haben wir seit einem Jahr. Warum haben Sie die 23 Jahre nicht genutzt, die Mißstände zu beseitigen, die Sie heute hier bedauern?

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch in höchstem Maße unehrlich, jetzt die Kosten der Einheit dafür heranzuziehen, wobei die Kosten der Einheit - wenn wir ehrlich sind - nicht Kosten der Einheit, sondern die Kosten des verpuschten sozialistischen Systems in der früheren

DDR sind, die wir hier zu tragen haben.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinemann: Des kommunistischen Systems, Herr Arentz!)

Wenn wir schon über die Situation alter Menschen sprechen, dann müssen wir allerdings auch noch einmal nachfragen, Herr Minister: Wie steht es denn eigentlich mit der Ausbildungsvergütung für die Altenpflegeschülerinnen und -schüler? Diese haben Sie nun schon so oft angekündigt und versprochen; nur, durchgeführt ist bis jetzt immer noch nichts! Das Modell, das Sie planen, das Umlageverfahren, bei dem die Heime die Kosten tragen sollen, heißt - Sie wissen genausogut wie wir, daß 70 % der Heimbewohner in Pflegeheimen dort nur wohnen können, weil die Sozialhilfe die Kosten übernimmt -: Die Gemeinden übernehmen die Kosten. Wenn Sie jetzt ein umlagefinanziertes System einführen wollen, bedeutet das: Das Land drückt sich vor seiner Verantwortung für die Ausbildungsvergütung und läßt die Kommunen über die Sozialhilfe die Ausbildungsvergütung für die Altenpfleger bezahlen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Schritt der Umverteilung von der Ebene des Landes auf die Kommunen!

(D)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Worte zu dem Thema Krankenhaus sagen. Auch hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Der Minister hat mit großer Emphase das Gutachten der Firma Dornier vorgelegt. Selbst die Zeitung des Marburger Bundes jubelte und schrieb: Jetzt bekommen wir mehr Krankenhausbetten.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, ich wollte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Frau Garbe zulassen?

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Aber sicher!)

- Frau Garbe, bitte!

Abgeordnete Garbe (SPD): Herr Kollege Arentz, wenn Sie kritisieren, daß die Übergangslösung, die das Land Nordrhein-Westfalen anstrebt - nämlich den

(A) (Abgeordnete Garbe [SPD])

Auszubildenden in der Altenpflege eine Ausbildungsvergütung, finanziert über den Pflegesatz, zu gewähren -, bedeutet: Wie stehen Sie dann zu dem Entwurf, den Frau Lehr zu ihrer Zeit in der Bundesregierung eingebracht hat und dem die CDU zugestimmt hat, der nämlich ebenfalls dahin ging, eine pflegesatzfinanzierte Ausbildungsvergütung zu gewähren?

Abgeordneter Arentz (CDU): Frau Kollegin, wissen Sie, wie das Thema heißt? Das Thema ist, daß Sie drei Jahre hintereinander in diesem Landtag Anträge der CDU, als Land die Ausbildungsvergütung selber zu übernehmen, abgelehnt haben. Das ist der erste Punkt. Das haben Sie dreimal hintereinander abgelehnt. Sie sind davon ausgegangen, daß man es den jungen Leuten in der Altenpflege - solange die Ausbildungsplatzsituation noch anders war - zumuten kann, ihre Ausbildung ohne eine Finanzierung zu absolvieren.

Der zweite Punkt! Wenn Sie hier so scheinheilig über die abgelehnte Initiative von Frau Lehr sprechen, muß ich Ihnen allerdings sagen: Die Festlegung eines Ausbildungsbildes für die Altenpflege und die Einführung der Finanzierung sind an der Mehrheit der SPD-Länder im Bundesrat gescheitert.

(B)

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Weil Frau Lehr es nicht vernünftig vorbereitet hat!)

Es ist nicht an der Bundesregierung gescheitert. Vielmehr haben bis auf Nordrhein-Westfalen alle SPD-regierten Länder dagegen gestimmt. Mit Nein haben gestimmt fünf SPD-regierte Länder, ein CDU-regiertes Land und ein CSU-regiertes Land. Wenn wir schon so verteilen, dann liegen fünf Siebtel der Schuld bei Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Garbe [SPD]: Jetzt haben Sie immer noch nicht gesagt, weshalb die Vergütung pflegesatzfinanziert sein soll!)

Jetzt werde ich noch ein paar Worte zu dem Thema "Krankenhaus" sagen. Denn was Sie in der Krankenhauspolitik tun, das ist in der Tat eine Fortsetzung der schleichenden Enteignungspolitik, die Sie seit

(C)

1972 betreiben. Sie wissen, daß die Krankenhäuser nach der Gesetzeslage die investiven Kosten und damit eigentlich auch die Abschreibungskosten nicht in den Pflegesatz einsetzen dürfen. Vielmehr dürfen sie in den Pflegesatz nur die laufenden Kosten einführen. Deshalb hat der Gesetzgeber die Länder verpflichtet, durch Zuschüsse den Substanzerhalt zu sichern. Dies geschieht nicht. Wir haben bei der Novellierung des Krankenhausgesetzes Nordrhein-Westfalen vor vier Jahren hier darüber gestritten, ob in das Gesetz eine Verpflichtung zur Anpassung der Förderpauschalen hineingeschrieben werden müßte. Die SPD-Fraktion hat sich mit ihrer Mehrheit damals durchgesetzt und eine Soll-Bestimmung daraus gemacht. Die Folge ist, daß die Krankenhauspauschalen seit dem 1. Januar 1988 kein einziges Mal angepaßt worden sind. Damit haben sie real über 15 % im Wert verloren.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: So ist es!)

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat den Ministerpräsidenten und den Sozialminister angeschrieben. Sie hat die ausweichende Antwort bekommen, man müsse in dieser Frage noch einmal mit dem Finanzminister reden. Nur, geschehen ist nichts.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Wollen (D) Sie zusätzliche Ausgaben?)

Im Bereich der investiven Mittel ist ein Antragstau von 3 Milliarden DM zu verzeichnen. An Barmitteln für neue Maßnahmen sind im Haushaltsplanentwurf nur 50 Milliönchen vorgesehen. Man kann fast noch damit Auto fahren, wenn man soviel Alkohol im Blut hat, wie Sie vor dem Hintergrund des Bedarfs den Krankenhäusern geben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Politik, die die kranken Menschen und die Beitragszahler in der Krankenversicherung auszubaden haben, weil die Unwirtschaftlichkeit, die hier festgeschrieben wird, von den Beitragszahlern der Krankenversicherung über die laufenden Kosten erbracht werden muß.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend ein Wort zu unserem Antrag sagen, 240 Millionen DM Sozialhilfe bei den Kosten für Asylbewerber

(A) (Abgeordneter Arentz [CDU])

und De-facto-Flüchtlinge zu streichen. Wir sind der Auffassung, daß eine zukunftsorientierte neue Flüchtlingspolitik zwei Elemente gleichermaßen berücksichtigen muß: Erstens. Wir müssen dafür sorgen, daß das geltende Asylrecht in der Bundesrepublik nicht ständig unterlaufen und weiter mißbraucht wird. Zweitens. Wir müssen durch Hilfe in den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge, die nicht wegen politischer Verfolgung, sondern oft wegen wirtschaftlicher Not kommen, dafür sorgen, daß dazu beigetragen wird, das Elend und die Not zu beseitigen. Deswegen beantragen wir, 240 Millionen DM aus dem Bereich der Sozialhilfe für Asylbewerber und De-facto-Flüchtlinge zu streichen. Herr Minister Heinemann hat in einem Gespräch mit der "Rheinischen Post" selbst gesagt, ihm stünden die alten Menschen näher als die Asylananten.

(Minister Heinemann: Tun sie auch, im Gegensatz zu Ihnen!)

Das ist eine interessante Bemerkung, die Sie da gemacht haben. Minister Clement reist durch das Land und verkündet - nachzulesen in der "Recklinghäuser Zeitung" der vergangenen Woche; ich zitiere -:

(B) Dazu gehöre auch eine Überprüfung des Asylrechts, um den Schutz der wirklich politisch Verfolgten zu sichern. Außerdem sei es notwendig, auch das Asylrecht in Europa zu harmonisieren.

Sie müssen sich entscheiden, ob Sie hier Reden halten wollen, mit denen Sie einem bestimmten Teil des linken Spektrums gefallen, oder die, die der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land entsprechen.

(Beifall bei der CDU)

Wir machen es jedenfalls nicht mit, daß Sie vor Ort populistische Reden schwingen, sich im Landtag aber weigern, das Notwendige zu tun.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuschke für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einigen Zitaten beginnen: "Die Grenzen der Opferbereitschaft in Westdeutschland sind erreicht", "Das Regierungspaket umfaßt eine soziale Schlagseite, es handelt sich um Sonderbegünstigungen für Beamte und Selbständige" und "Die Sache mit dem Verzicht auf die Vermögensteuer muß weg. Wer würde es denn auch wagen, sich vor das deutsche Volk zu stellen mit der Botschaft, die Reichen zu entlasten, wenn alle anderen höhere Opfer bringen müssen". - Das ist nicht der Kollege Trinius gewesen, das ist nicht der Kollege Büssow oder jemand anders von der SPD-Fraktion hier im Landtag oder im Bundestag gewesen, sondern, Herr Kollege Arentz, das ist Ihr Mitkollege im Vorstand der CDA, Heinz Adolf Hörsgen, gewesen, nachzulesen in der "Frankfurter Rundschau" vom 5. März 1991. So wird die Politik der Bundesregierung und insbesondere die von Herrn Blüm wirklich von Ihnen eingeschätzt, nämlich als unsozial und nicht mehr verantwortbar.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Herr Kollege Arentz, aus der Vergangenheit sind wir von Ihnen ja viel gewohnt gewesen. Aber wenn Sie Ihren Terminkalender vorbereiten, tragen Sie sich bitte ein, daß Sie zum Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen reden. Sie haben hier die Strukturen eines Landes geschildert, das nicht Nordrhein-Westfalen sein kann. Ich will dem verehrten Kollegen Worms nichts Übles nachreden - vielleicht hören wir in den kommenden Jahren auch einmal etwas von ihm in seiner neuen Funktion -, aber das, was Sie hier ausgeführt haben, erinnerte mich verdammt an seine Kampagne über die Möbelwagen. Wenn Sie die wiederaufleben lassen wollen, kann ich Ihnen auch aus unserem eigenen Interesse nur empfehlen: Tun Sie das!; denn die Kampagne hat uns früher schon nicht geschadet und wird uns auch zukünftig nicht schaden.

Sie hätten mehr Worte über die Gesamtsituation in der Bundesrepublik verlieren müssen, darüber, wie

(A) (Abgeordneter Kuschke [SPD])

sie von der Bundesregierung ausgelöst worden ist, und darüber, welche weiteren Verschlechterungen sich abzeichnen. Wir müssen Ihnen das vorhalten, was Friedhelm Farthmann, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Ihnen seit Jahren klarzumachen versucht, nämlich daß das Verhältnis zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut in der Bundesrepublik ganz gefährlich auseinanderklafft.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist un- wahr!)

Dieses Auseinanderklaffen ist nicht mehr hinzunehmen und führt unter der CDU-geführten Bundesregierung dazu - Herr Kollege Arentz, ich sage ganz deutlich: unter der Mitregie Ihres Freundes Norbert Blüm -, daß in der Bundesrepublik soziale Mißstände entstehen, wie sie kein Sozialdemokrat vorher oder nachher zu verantworten hatte oder zu verantworten haben wird.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Helmut Schmidt!)

(B)

Die Regierung Kohl hat während ihrer Regierungszeit bereits einen unglaublichen Abbau von Sozialleistungen und arbeitsrechtlichen Schutzgesetzen sowie eine ungeheure Vermögensumverteilung vorgenommen. Ich brauche hier nur das Stichwort AFG zu erwähnen. Das neue Steuererhöhungspaket der Regierungskoalition in Bonn, das uns in den letzten Tagen und Wochen präsentiert wurde, erreicht nun das Höchstmaß an sozialer Ungerechtigkeit und setzt allem bisher Dagewesenen die Krone auf.

(Beifall bei der SPD)

Die Ergänzungsabgabe, die Herr Dr. Waigel verschämt Solidaritätszuschlag nennt - "an ihren Worten sollt ihr sie erkennen" -, ohne Einkommensgrenze von allen Lohn- und Einkommensteuerzahlern zu erheben, ist sozial ungerecht, da sie die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen spürbar mehr belastet.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kuschke, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schauerte?

(C)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nein. - Die schon ab April wirksam werdende Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge bewirkt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Verdienst bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze von 6 500 DM monatlich noch eine zusätzliche Belastung. Die kleinen Leute bittet Herr Kohl zur Kasse, die Vermögen- und Gewerbesteuer hingegen, die für wenige hunderttausend Spitzenverdiener und Großunternehmen gilt, wird abgeschafft.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU], der sich gleichzeitig zu einer Zwischenfrage meldet.)

- Herr Kollege Schauerte, Sie können zwischenrufen, was Sie wollen; aber ich habe wirklich nicht den Eindruck, daß eine Zwischenfrage von Ihnen der weiteren Wahrheitsfindung dient.

(Beifall bei der SPD)

Der Durchschnittsverdiener erleidet Mehrbelastungen von durchschnittlich 1 300 DM im Jahr.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Seitens der Bundesregierung wird geschönt, gelogen und verschwiegen.

(D)

Nun kommen wir doch noch einmal auf Ihren gemeinsamen Freund Norbert Blüm zu sprechen. Der hat ja in den letzten Monaten ein ganz trauriges Los. Überall und immer dann, wenn wir die Zeitungen aufschlagen, finden wir den auf der Suche. Was sucht er? Man könnte denken, daß er sich auf die nächste Ostereiersuche vorbereitet. Dem ist aber nicht so, sondern er sucht immer irgendwelche Milliarden. Heute konnten wir in der Zeitung lesen: Norbert Blüm sucht 2,7 Milliarden DM, und vor zwei Monaten konnten wir lesen: Norbert Blüm sucht 2,1 Milliarden DM. Der Finanzminister unseres Landes ist nicht da; aber vielleicht könnten wir ihn gemeinsam darum bitten, daß er Kollegen Norbert Blüm darüber aufklärt, daß man Milliarden normalerweise nicht findet, sondern die hat man ordnungsgemäß im Bundeshaushalt unterzubringen, Herr Kollege Schauerte!

(Beifall bei der SPD)

(A) (Abgeordneter Kuschke [SPD])

Sie werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich bei dieser Gelegenheit das frage, was Karl Heinz Kalender heute im Kommentar der "Westfälischen Rundschau" gefragt hat - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -: "Wird es neben der Steuerlüge auch noch eine Rentenlüge geben?" Herr Kollege Schauer, das hat Herr Kalender gefragt. Was ist das eigentlich für eine Sozialpolitik, die diese Bundesregierung betreibt, nicht zu wissen, was bei Rentenerhöhungen an Lasten und Leistungen auf die Bundesregierung und auf den Bundeshaushalt zukommt? Wir können noch verstehen und nachvollziehen, daß sich manche Dinge in den fünf neuen Ländern wirklich etwas chaotisch und anarchisch entwickeln und der Finanzbedarf nicht konkret festzustellen ist; aber in der Frage der Rentenerhöhungen kann man doch keine Politik betreiben, in dem man 2,7 Milliarden DM sucht, sondern man muß ordnungsgemäß Sozialpolitik betreiben und das finanziell abdecken.

Weil wir Sozialdemokraten uns gegen einen Marsch in eine Zweidrittelgesellschaft wehren, haben wir bei den Haushaltsberatungen im Land darauf geachtet, daß in den Bereichen, in denen die Schwachen auf der Strecke bleiben könnten, nicht gekürzt wird, sondern die Finanzmittel eher erhöht werden. Wir Sozialdemokraten akzeptieren, daß in Zeiten knapper Kassen Einsparungen vorgenommen werden müssen. Wir wollen aber verhindern, daß das soziale Netz löchrig wird und gerade sozial Schwache es sind, die durchfallen.

(B)

(Zuruf)

- In manchen Fraktionen ist es so, daß sie die Löcher in der eigenen Fraktion sitzen haben.

Auch und gerade in haushalts- und finanzpolitisch schwierigen Zeiten müssen Antworten auf neue politische Herausforderungen gegeben werden, und diesen Versuch hat die Landesregierung im Einzelplan 07 des Landeshaushalts unternommen.

Herr Kollege Arentz, nun komme ich zu dem, was Sie als ein rechtsunverbindliches Instrument bezeichnet haben, nämlich den zweiten Landesaltenplan. Meine Damen und Herren, wir halten den Landesaltenplan für den Leitfaden politischen Handelns in der Altenpolitik in den kommenden zehn Jahren, und wir werden zusammen mit der Landesregierung und dem

(C)

zuständigen Minister dafür sorgen, daß Jahr um Jahr und Zug um Zug dieser Landesaltenplan umgesetzt wird.

Seit den Zeiten des ersten Landesaltenplanes von 1975 haben sich in der Tat - das hat Kollege Arentz zu Recht nachgewiesen - demographische Entwicklungen abgespielt, die eine Umkehrung der Bevölkerungspyramide mit sich gebracht haben. Immer mehr Menschen erreichen ein hohes Lebensalter; die Zahl der alten Menschen steigt vergleichsweise stark an. Wenn wir über Sozialpolitik für ältere Menschen reden, haben wir es keineswegs nur mit einem einheitlichen Personenkreis zu tun. So macht eine immer größer werdende Gruppe tatkräftiger älterer Menschen mit unterschiedlichen Wünschen und Bedürfnissen auf sich aufmerksam, und diesen unterschiedlichen Wünschen und Bedürfnissen unterschiedlicher Lebenslagen von älteren Menschen wird dieser Landesaltenplan gerecht.

Das heißt aber nicht, daß die klassische Altenhilfe überflüssig geworden ist. Immer mehr Menschen erreichen ein sehr hohes Lebensalter. Für sie wird neben der Hilfe durch Familienangehörige, Freunde und Nachbarn in immer stärkerem Maße professionelle Hilfe benötigt.

(D)

Sozialdemokraten bemühen sich, diese Defizite abzubauen, und, Herr Kollege Arentz, wenn Sie sich schon mit dem Landeshaushalt beschäftigen, dann nennen Sie auch die richtigen Zahlen. Unsere Fraktion hat sich dafür eingesetzt, daß die Mittel für den Landesaltenplan für 1991 nochmals um zusätzliche 21 Millionen DM auf 145 Millionen DM Barmittel in 1991 erhöht worden sind und im Bereich der Verpflichtungsermächtigungen 200 Millionen für 1991. Das sind die Zahlen. Bemühen Sie sich doch bitte, etwas bei der Wahrheit zu bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Dies halten wir für einen vertretbaren Einstieg zur Verwirklichung der im Landesaltenplan vorgesehenen Maßnahmen. Die Planungen können nur stufenweise realisiert werden; das wissen Sie auch. Wir rechnen mit einer Umsetzungsdauer des Landesaltenplanes von 10 Jahren. Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich auf insgesamt 5,5 Milliarden DM.

(A) (Abgeordneter Kuschke [SPD])

Wir werden einen Schwerpunkt setzen, und zwar insbesondere bei den Problemen des selbständigen Wohnens im Alter. Wir wollen die Wohnraumanpassungshilfen, die Hilfen bei der Wohnraummodernisierung, Förderungsmaßnahmen mit neuen Wohnformen, die Errichtung von Altenwohnungen im Rahmen der Förderung des sozialen Wohnungsbaues intensiver fördern, um nur einige Dinge zu nennen.

Auch der Bereich der Sozialstationen ist von uns ganz deutlich im Landesaltenplan genannt worden. Stufenweise soll der Förderschlüssel bei den Sozialstationen von einer Pflegefachkraft auf 5 000 Einwohner auf 2 500 halbiert werden. Dazu werden 3 500 zusätzliche Pflegefachkräfte benötigt, für die in den nächsten Jahren ca. 280 Millionen DM aufgebracht werden müssen. Auch hier werden wir den Einstieg wagen, und wir werden uns auch an diesen Forderungen bei der Umsetzung, die in den nächsten Jahren zu erfolgen hat, messen lassen.

Meine Damen und Herren, der Landesaltenplan stellt einen neuen und umfassenden Ansatz in der Altenpolitik dar, und - das hat Kollege Arentz versäumt zu erwähnen - Nordrhein-Westfalen ist nach wir vor das einzige Bundesland, das ein solches Handlungsinstrument vorlegt. Wir Sozialdemokraten haben uns in Nordrhein-Westfalen entschlossen, unseren Beitrag von Landesseite zu dieser großen Aufgabe zu leisten.

(B)

Wir warten nun auf die Unterstützung der Oppositionsparteien, Herr Kollege Arentz, um gemeinsam auf Bundesebene die Einführung einer Pflegeversicherung für alle durchsetzen zu können, und wir werden Sie daran messen, wie erfolgreich Sie bei der Durchsetzung dieser Forderung sein werden.

Herr Kollege Arentz, Sie haben hier eine Reihe von anderen Bereichen angesprochen, die Sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht im Lande Nordrhein-Westfalen, sondern in anderen Bundesländern angesehen haben; denn das Land Nordrhein-Westfalen können Sie nicht gemeint haben.

Wir versuchen im Landeshaushalt 1991 - und diese Intention des Ministers haben wir unterstützt -, unsere Ansätze im Bereich des arbeitsmarktpolitischen Programms auf einem hohen Niveau zu halten.

Wir steigen mit dem zum erstenmal vorliegenden

(C)

"Gesundheitsreport" in eine qualitative Gesundheitsberichterstattung ein.

Wir haben Mittel zur Verfügung gestellt, um einen umfassenden Aktionsplan zur sozialen Eingliederung von Behinderten zu schaffen.

Nicht zuletzt: Wir setzen unsere beispielhaften Bemühungen im Drogenbereich fort. Auch das muß hier zur Kenntnis genommen werden: Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Vorreiterrolle im Bundesgebiet in diesem Bereich übernommen. Ich nenne nur: Fachkräfte für Prävention, Spritzenautomaten in der HIV-Prophylaxe, neuorientierte Entgiftungsbehandlung, Niedrigschwelligkeitsprogramm und die Methadonerprobung, gegen die Sie sich ja so lange vehement zur Wehr gesetzt haben, daß Sie mittlerweile aufpassen müssen, nicht die einzigen in der Bundesrepublik Deutschland zu sein, die in dieser Frage noch Widerstand leisten und abweichende Meinungen vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Unser Landesdrogenprogramm wird in allen Bereichen und auf allen Ebenen personell und finanziell ausgebaut. Wir unterstützen die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft "Sucht und Drogen", um alle einzubinden, die in Nordrhein-Westfalen im Konzept gegen Drogenabhängigkeit Verantwortung tragen.

(D)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Herr Kollege Arentz, warum haben Sie denn eigentlich nur gefordert, daß man 200 Millionen DM im Bereich Asylbewerber einsparen kann? Warum haben Sie nicht gefordert, daß man 1 Milliarde DM oder 2 Milliarden DM einsparen kann? Warum haben Sie nicht 10 Milliarden DM gefordert? Der Punkt ist, daß allein Ihre 200 Millionen DM unrealistisch sind. Sie haben genau wie die Fraktion DIE GRÜNEN im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales, als es um die Beratung des Einzelplans 07 ging, keinen einzigen realistischen Deckungsvorschlag unterbreitet. Das ist doch die Wahrheit! Sie können mit keinem einzigen Punkt nachweisen, daß tatsächlich 200 Millionen DM einzusparen sind. Sie täuschen die Bevölkerung darüber hinweg, daß es hier Rechtsverbindlichkeiten gibt. Sie sprechen auf der einen Seite

(A) (Abgeordneter Kuschke [SPD])

davon, daß das Land angeblich die Kommunen benachteiligt und belastet, wollen aber, daß die Erstattungen an die Kommunen durch das Land noch mehr und stärker verkürzt werden.

Herr Kollege Arentz, da Sie den Bereich der Aussiedler angesprochen haben, will ich Ihnen eines sagen, damit das Bild richtig in der Öffentlichkeit ankommt: Im Jahre 1990 sind 400 000 Aussiedler und 200 000 Asylbewerber in die Bundesrepublik gekommen. Bei aller Notwendigkeit der Diskussion um die Asylbewerber sollten wir diese Größenordnung im Auge haben und nicht vergessen.

Und, Herr Kollege Arentz, bitte begeben Sie sich nicht auf das Niveau, auf das Sie sich vorhin begeben haben: den Problembereich der Asylbewerber und die notwendige ernsthafte Diskussion darüber mit der Notwendigkeit der Altenpolitik zu verquicken.

(Beifall bei der SPD)

Da wird es allmählich geschmacklos. Das bin ich von Ihnen nicht gewohnt. Diese Funktion haben normalerweise ganz andere Scharfmacher in Ihrer Fraktion übernommen. Denen sollten Sie dieses Geschäft auch weiterhin überlassen.

(B)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Arentz [CDU] meldet sich zu Wort.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kuschke, darf ich Sie noch einmal fragen: Wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Im Augenblick nicht!

Wir können heute in der zweiten Lesung des Haushalts 1991 jedenfalls feststellen: Auch in einer schwierigen Haushaltssituation, bedingt durch eine unsoziale und finanzpolitisch konzeptionslose Politik der CDU-Bundesregierung, hält das Land Nordrhein-Westfalen einen sozialen Kurs. Wir halten und bauen Bewährtes aus. Wir wagen uns auch an die notwendigen Neuerungen. Ich stelle hier erneut und mit Recht fest: Nordrhein-Westfalen bleibt auch weiterhin das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland!

(C)

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Lanfermann für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Wort von dem sozialen Gewissen mag ja insoweit zutreffen, als man in der Tat von einem schlechten Gewissen sprechen muß,

(Beifall bei der CDU)

das sich nicht nur in diesem Haushalt, sondern insbesondere auch in dem von Ihnen so gern zitierten Landesaltenplan widerspiegelt.

Herr Kollege Arentz hat völlig zu Recht darauf hingewiesen: Dieses Stück Papier hat keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Wir nehmen das ernst, was wir an Realität finden, sei es im Haushalt oder sei es an tatsächlicher Umsetzung, an der es ja auch so oft bei diesem Ministerium, über das wir hier heute auch sprechen, fehlt.

(D)

Tatsächlich ist dieser sogenannte Landesaltenplan nichts weiter als eine lange Mängelliste, ein Eingeständnis dessen, was halt fehlt.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Haben Sie den überhaupt einmal gelesen, Herr Lanfermann?)

Insofern will ich das Wort von dem schlechten Gewissen, das die SPD in Nordrhein-Westfalen auf diesem Gebiet hat, gern aufnehmen.

Im übrigen habe ich vorhin die ganze Zeit im Abgeordnetenverzeichnis gesucht, wo denn Herr Blüm verzeichnet ist; aber ich mußte feststellen, daß er gar nicht hier im Landtag ist, obwohl die SPD immer den gegenteiligen Eindruck zu erwecken versucht.

Ich habe auch in dem Haushaltsplan geblättert, bei welcher Haushaltsstelle denn etwas von Ergänzungsabgaben oder Steuern steht. Wenn Sie überhaupt etwas finden oder im nächsten Haushaltsplan finden

(A) (Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]

werden, meine Damen und Herren, dann werden das die Kostenberechnungen sein, die Sie zum Beispiel den Eltern aufs Auge drücken wollen, egal, ob das bei den Kindergärten oder bei den Grundschulen ist, bei denen Sie auch großzügig angekündigt haben, daß es dort Ganztagsbetreuung gibt, was aber auch alles nicht über die Mittel finanziert werden soll, über die Sie hier verfügen können, sondern von den Eltern getragen werden soll.

So ist es in dem Bereich nicht nur der Alten-, sondern der gesamten Sozialpolitik. Was wir in Nordrhein-Westfalen erleben, sind eine Landesregierung und eine Mehrheit, die eine typische Symbolpolitik betreiben. Das heißt: Es werden Begriffe nach draußen hin transportiert, möglichst auch zwanzigmal wiederholt. Ich sagte es schon beim letztenmal: Immer mit denselben Textbausteinen aus demselben Computer werden unterschiedliche Abgeordnete gefüttert, die uns dann hier immer wieder dieselben Textversatzstücke vorlesen

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Jetzt wissen wir endlich, wie Sie Ihre Reden schreiben lassen!)

(B)

nach dem Motto: Die Kunst der Propaganda ist die Wiederholung. Auf diese Weise wird es dann nach draußen transportiert.

So machen Sie es auch mit der Frauenförderung, indem Sie über Gesetze und ein neues Ministerium Symbolpolitik betreiben, während in Wirklichkeit so gut wie nichts geschieht. Genauso finden wir es hier im Bereich des Haushalts 07.

Deswegen, Herr Kollege Kuschke: Es ist wirklich müßig, hier irgendwelche Debatten aus dem Bundestag vorzuspielen, nachzuvollziehen oder nachzubereiten. Ich denke, diese dauernden Verweise auf Bonn bringen Sie hier nicht weiter. Hier ist die Verantwortung derjenigen gefragt, die die Mehrheit haben, die Sie seit langem haben und die Sie, gerade in den letzten zehn Jahren, nicht eben verantwortungsvoll genutzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf, weil das sonst für die Öffentlichkeit überhaupt nicht sichtbar wird, auch darauf hinweisen, daß wir hier bisher unglaublich chaotische Haushaltsbera-

(C)

tungen erlebt haben. Es war wirklich kaum noch im einzelnen nachvollziehbar, was denn nun galt. Erst galt das, was der Finanzminister sagte. Dann hat die SPD-Fraktion alles umgeworfen. Der Finanzminister hat sich das alles gefallen lassen, und dann haben wir erlebt, daß die SPD-Fraktion sogar ihre eigenen Anträge noch einmal geändert hat. In Wirklichkeit war alles so chaotisch und so überstürzt, daß es nicht möglich war, die Haushaltsberatungen in verschiedenen Ausschüssen auseinanderzuziehen, so daß einzelne Abgeordnete, die in zwei Ausschüssen sitzen, nicht einmal in der Lage waren, bei allen Abstimmungen zugegen zu sein. Wir haben das dann kollegial gelöst - ich will das keinem der Kollegen zum Vorwurf machen -, aber ich sage nur: Es ist ein unmögliches Verfahren, wenn ein so wichtiger Haushalt hier praktisch im Schweinsgalopp nachher mit völlig veränderten Ausgangsdaten beraten werden muß, wobei die jetzigen Daten ja wegen der Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst auch schon längst wieder Makulatur sind. Darauf werden wir an anderer Stelle noch zurückkommen.

Grundsätzlich, und das darf ich für die F.D.P.-Fraktion erklären, wollen wir, daß gerade im Bereich der Altenpolitik mehr geschieht. Wir werden deswegen auch sowohl die Einsparungsvorschläge als auch die Erhöhungsanträge der CDU-Fraktion unterstützen, weil wir wissen - und das hat Herr Kollege Arentz ausgeführt -, daß gerade zum Beispiel in dem Bereich der Pflege und der Sozialstationen ein echtes Defizit besteht. Es ist tatsächlich so, daß der Minister hier immer nur nach dem Motto "Schimpfen statt Helfen" handelt und deswegen in der Praxis nichts passiert.

(D)

Wir haben es auch sehr bedauert - wenn ich den Pflegebereich noch einmal ansprechen darf -, daß der Minister in dieser typischen Manier, Symbolpolitik zu betreiben, auf einer Veranstaltung der Deutschen Krankenhausgesellschaft den dort Teilnehmenden gesagt hat, er fände es ja sehr schön, daß jetzt eine Werbekampagne von dieser Gesellschaft und den Krankenkassen für die Pflegeberufe durchgeführt werde und daß diese dafür insgesamt an die 9 Millionen DM ausgeben wollten. Er hat dann für die Landesregierung großzügig 105 000 DM, die sich so im Haushalt auch wiederfinden, zur Verfügung gestellt. Daß das Land Baden-Württemberg 1 Million DM gibt, haben Sie bei dieser Gelegenheit nicht mit erwähnt. Das hätte vielleicht die höfliche Dankbarkeit,

(A) (Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]

die Ihnen dort entgegengeschlagen ist, doch etwas gedämpft.

Das ist natürlich ein Punkt, Herr Minister Heinemann, an dem wir uns gewünscht hätten, daß Sie den Antrag, den Betrag wenigstens auf 500 000 DM erhöhen, unterstützt hätten. Aber dafür war ja kein Geld vorhanden, während für die typischen Lieblingskinder - wie der Kollege Arentz auch zu Recht gesagt hat - weiterhin Geldverschwendung betrieben wird. Ihnen geht es in vielen Punkten sehr darum, Ihre eigene Klientel mit entsprechenden Mitteln zu versorgen, damit die Ihre Politik unterstützen. Das hat aber mit den tatsächlichen Erfordernissen in diesem Lande sehr wenig zu tun.

Meine Damen und Herren! Ich will auf die Anträge der GRÜNEN nicht eingehen. Das ist ein seltsames Sammelsurium, was wir da vorfinden. Wir werden diese Anträge geschlossen ablehnen.

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt kommen: die Aussiedlerfrage. Also, das Zitat, was hier bemängelt wurde, war ja von Minister Heinemann und nicht von demjenigen, der es zitiert hat. Das sollten Sie berücksichtigen, wenn Sie hier Kollegen kritisieren.

(B) (Beifall bei F.D.P. und CDU)

Tatsächlich ist es aber auch zu beanstanden, wenn verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Wir haben das zunächst im Bereich Asylrecht und Aussiedlerfragen erlebt.

Wir haben das erlebt mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz, das die SPD-Mehrheit in einem unmöglichen Verfahren durchgepeitscht hat. Das alles mußte ja sein, weil Sie es unbedingt spätestens zum 1. Februar in Kraft setzen wollten. Ich darf an dieser Stelle einmal daran erinnern, wie eigentlich mit dem Parlament von der Mehrheit umgegangen wird. Da wird in letzter Minute, weil ja in der SPD, wie wir wissen, sehr viele dagegen waren, eine Kappungsgrenze eingeführt, nach der die Gemeinden, die durch das neue Gesetz am meisten belastet werden, dann doch wieder in der Spitze entlastet werden sollen. Das Ganze wird mit einer Verordnungsermächtigung sehr ungenauer Art für Minister Heinemann gemacht, und auf die Nachfragen im Ausschuß hört man dann, das sei von den Juristen des Hauses alles geprüft, das sei

(C)

in Ordnung, und das könne man sofort umsetzen. Auf die Frage, was das denn in Zahlen im einzelnen wegen der neuen Umverteilung auch für andere Gemeinden bedeute, wird gesagt, das sei kein Problem, das könne man praktisch sofort ausrechnen; zwar nicht jetzt, aber in wenigen Tagen.

Meine Damen und Herren! Das war im Januar. Die Verordnung ist immer noch nicht da, und die Zuteilung an die Gemeinden geschieht jetzt genau nach dem ungerechten Schlüssel, der auch von einigen Kollegen in der SPD so kritisiert worden ist. Deswegen haben Sie ja fünf Minuten vor zwölf Ihren eigenen Antrag noch einmal mit einer zwar nicht verständlichen, aber von der Symbolik her für Sie erfolgsträchtigen Formel abgeändert, damit auch alle in der SPD-Fraktion für dieses Gesetz stimmen.

Nun warten wir darauf, daß die Verordnung kommt. Es ist, wie oft in diesem Hause: Da werden hier große Reden geschwungen, vor allen Dingen gegen Bonn. Wenn es aber an die tatsächliche Umsetzung, an die fachliche Arbeit geht, ist das Ergebnis oft sehr, sehr mager oder, wie hier in diesem Falle, zunächst einmal gleich null.

Ich wiederhole ausdrücklich, Herr Minister Heinemann, was ich vor einigen Monaten schon einmal und auch im Januar bei dieser Debatte über das Flüchtlingsaufnahmegesetz gesagt habe, und in den letzten Wochen hat sich der Eindruck noch verstärkt: Sie geben immer wieder Interviews, in denen Sie zu Recht darauf hinweisen, daß gerade in der Sowjetunion sehr viele Menschen leben, die aller Voraussicht nach dort weggehen werden. Diese Deutschstämmigen werden alle zu uns kommen. Das wissen Sie genausogut wie ich. (D)

Sie tun aber nichts, auch wirklich gar nichts, um entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, um dann für eine menschenwürdige Unterbringung zu sorgen. Sie spekulieren nur darauf, die Stimmung anzuheizen, wollen den Artikel 116 GG geändert haben, sprechen von Zuzugs- oder Einwanderungsquoten, wohl wissend, daß die Situation in der Bundesrepublik Deutschland es überhaupt nicht zulassen wird - selbst wenn man es wollte -, diese Menschen zurückzuweisen. Oder wollen Sie im Ernst behaupten, daß, wenn sich die Situation in der Sowjetunion weiter zuspitzt und dann Züge voll Aussiedler, voller

(A) (Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]

Menschen deutscher Abstammung aus der Sowjetunion, an der Oder an der Grenze stehen oder wenn diese Menschen mit Flugzeugen kommen, Sie denen und der Weltöffentlichkeit dann wirklich sagen wollen: Wir haben jetzt bestimmte Quoten beschlossen, und so viele kommen jetzt noch rein, und die anderen schicken wir alle wieder nach Kasachstan oder in irgendwelche Gebiete in der Sowjetunion zurück? Sie wissen genau, daß das nicht funktionieren wird. Da würde nicht einmal eine Grundgesetzänderung helfen, die auch nicht kommen wird; so ist es auch in der Koalition in Bonn vereinbart worden.

Deswegen hier noch einmal mein dringender Appell, endlich tätig zu werden und nicht nur Politik durch Beschimpfung der Bundesregierung zu betreiben, sondern tatsächlich als Minister eigene Leistungen vorzuweisen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf das Wort Herrn Kollegen Kreutz für die Fraktion DIE GRÜNEN erteilen.

(B)

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales, auf dessen Zuständigkeitsbereich ich mich beziehen möchte, 28 Einzelanträge zur Ablehnung vorgelegt,

(Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Kuschke [SPD])

die wir nicht, wie die Kahlschlagliste der F.D.P., zwischen zwei Pils auf den Bierdeckel schreiben konnten und die im Rahmen unseres Alternativhaushalts auch sämtlich gedeckt sind, Herr Kuschke.

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Davon haben Sie im Ausschuß kein Wort gesagt!)

Wir lehnen allerdings einen Deckungsmechanismus ab, der sich ausschließlich darauf beschränkt, Mittelschichtungen innerhalb eines Sozialhaushaltes vorzunehmen, der ohnehin viel zu dünn ausgestattet ist. Und entschuldigen Sie vielmals, daß wir haus-

haltstechnisch noch nicht in der Lage waren, bezogen auf den Gesamthaushalt alles mit Titelangabe zu Papier zu bringen.

(Abgeordneter Schultheis [SPD]: Die von Ihnen benannte Deckung hätten Sie auch nicht für 1991 reinbringen können!)

Die Regierungsfraktion hat es jedoch vorgezogen, unsere Anträge als Angebot zur Entwicklung eines neuen sozialpolitischen Reformprofils zur Gänze zurückzuweisen.

Der jetzige Stand der Beratungen zum Haushalt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales dokumentiert damit erneut Perspektivlosigkeit und soziale Gleichgültigkeit. Er dokumentiert erneut den letztlich illusionären Versuch der SPD, im Niemandsland zwischen den Kräften sozialökologischer Zerstörung und den Kräften der Zukunftssicherung zu verharren: Die soziale Krise im Lande mag weiter schwelen, wir Sozialdemokraten bleiben entschlossen auf Tauchstation und warten mit aller Kraft auf bessere Zeiten!

(Widerspruch von der SPD)

Und wenn, aus dem Schwelbrand doch ein Feuer wird, dann haben wir eben Pech gehabt, denn wir mußten ja auch beim Rettungsdienst kürzen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter van Schewick [CDU]: Schauspieler!)

Daß, meine Damen und Herren, ist die Botschaft dieses Einzelplans. Wenn das für die Betroffenen draußen nicht so schlimm wäre, könnten wir uns als ökologische und soziale Oppositionspartei bei der SPD-Fraktion für diesen Akt weiterer Selbstdemontage bedanken.

Der Haushalt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird 1991 im Verhältnis zum Gesamthaushalt erneut um 1,7 % zurückgefahren, das heißt, er schrumpft im Verhältnis zum Gesamthaushalt. Das berühmte "soziale Gewissen", das Herr Kuschke nochmals in Anspruch genommen hat, leidet materiell an chronischer Auszehrung, und auch eine verstärkte Wachstumsrate bei den Sprechblasen wird diese Krankheit nicht heilen können.

(A) (Abgeordneter Kreutz [GRÜNE])

Unser Konzept eines Alternativhaushalts zum Einstieg in einen ökologischen und sozialen Umbau dieses Landes hat demgegenüber die praktischen Möglichkeiten verdeutlicht, daß auch und gerade im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik erhebliche Mittel für reformpolitische Projekte ohne eine Erhöhung der Verschuldung freigemacht werden könnten. Rund 250 Millionen DM mehr gegenüber dem Regierungsentwurf könnte der Minister für Arbeit und Soziales zur Verfügung haben, um brennende Probleme in diesem Lande anzupacken.

Herr Schleußer hat öffentlich behauptet, die nötigen Einsparungen seien so verteilt worden, daß schmerzhafte Einschnitte erspart blieben. Mein Kollege Dr. Busch hat dazu heute morgen schon etwas gesagt. Bezogen auf den Sozialhaushalt ist diese Behauptung in mehrfacher Hinsicht unseriös. Von einer sozialverantwortlichen Landesregierung sollte man erwarten, daß die im Sozialhaushalt verfügbaren Mittel angesichts des brennenden Problemdrucks so eingesetzt werden, daß sie den buchstäblich notwendigsten Bedarf tatsächlich decken und daß keine versteckten Reserven enthalten sind, die ohne spürbare Folgen als sparpolitische Verschiebemasse einsetzbar wären. Die Behauptung "schmerzlose Einsparungen" ist also entweder zutreffend - dann beinhaltet der ursprüngliche Haushaltsentwurf Mittel zur Vortäuschung von Aktivitäten -, oder sie ist frei erfunden. Daß sie frei erfunden ist, erweist sich wie selbstverständlich bei näherem Hinsehen.

(B)

Verallgemeinernd lassen sich im Sozialhaushalt vier Leitlinien des sparpolitischen Krisenmanagements ausmachen:

- Reformverzicht
- Reformausstieg
- Deutsche gegen Ausländer und
- Rasenmäher.

Erste Leitlinie: Reformverzicht, und zwar selbst dort, wo mit bescheidenen Mitteln schon ein Einstieg in strukturelle Verbesserungen möglich wäre. Dies gilt vor allem für das Problem der Armut in diesem Land.

Auch nach dem aufsehenerregenden Ersten Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der eine geradezu dramatische Entwicklung

(C)

dieses Problems für die alten Bundesländer dokumentierte, und selbst nachdem eine Reihe kommunaler Armutsberichte in Nordrhein-Westfalen die Problematik vor Ort beleuchtet haben, ist Armut für die Landesregierung überhaupt kein Thema. Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, ich frage Sie: Armut - überhaupt kein Thema? Kann von "Sozialpolitik" ernsthaft noch die Rede sein, wenn dieses buchstäblich existentielle Problem einfach ausgeblendet bleibt?

Sicher wollen Sie jetzt auf den Landesaltenplan als das groß angelegte reformpolitische Zukunftsprojekt verweisen. Aber nach jahrelanger öffentlicher Ankündigung und Vermarktung des Landesaltenplans, womit erhebliche Reformervartungen in diesem Bereich geweckt worden sind, ist das, was jetzt im Haushalt etatisiert worden ist, nur noch eine Reform-Ruine.

(Abgeordneter Schmidt [Wetter] [SPD]:
Quatsch!)

Da weder der ursprüngliche Entwurf der Landesregierung noch ihre Änderungsvorlage eine Etatisierung des Landesaltenplans vorgesehen haben und diese Aufgabe ja erst eine Minute vor Zwölf durch Anträge der SPD-Fraktion gelöst werden mußte, liegt die Vermutung nahe, daß es der Landesregierung bedeutend lieber gewesen wäre, sie hätte sich in der Vergangenheit nicht so sehr durch vollmundige Ankündigungen unter Zugzwang gesetzt.

(D)

Zwar gibt es jetzt beim Baransatz 1991 im Gesamtvolumen des Landesaltenplans eine Erhöhung der Mittel um rund 17 %; das hat uns auch veranlaßt, dem im Ausschuß zuzustimmen. Wenn man sich aber die Struktur ansieht, fällt auf, daß entgegen aller Bekenntnisse zum notwendigen Vorrang der häuslichen, ambulanten und teilstationären Pflege, die an diesem Pult immer wieder gemacht worden sind, der Haushaltsentwurf nach wie vor den Vorrang der Heime ausweist. Und wenn man in die Verpflichtungsermächtigungen geht, die sozusagen die Versprechungen für die Zukunft darstellen, wird der Vorrang der Einrichtungen für Aussonderung und Abschiebung geradezu erdrückend.

Manche der sogenannten neuen Einzelposten im Landesaltenplan sind in der finanztechnischen Umsetzung so dünn ausgefallen, daß für jeden Sachkundi-

(A) (Abgeordneter Kreutz [GRÜNE])

gen sofort deutlich ist: Es geht weniger um reale Maßnahmen als um Placebo-Effekte. 100 000 DM für Wohnraumanpassungshilfen landesweit ist z. B. ein Drittel dessen, was die Stadt Münster allein in diesem Bereich pro Jahr ausgibt.

(Richtig! und Zustimmung des Abgeordneten Dr. Twenhöven [CDU])

Aus dem zentralen Reformprojekt des Sozialministers ist ausweislich des Haushalts nur ein quantitatives Mehr in eingefahrenen Gleisen geworden.

Zweite Leitlinie: Reformausstieg. Zukunftsorientierte Maßnahmen, die überhaupt erst in jüngerer Zeit in den Haushalt aufgenommen worden waren, um reformpolitischen Eifer zu demonstrieren, um auch grüne Opposition im Land zu kanalisieren, werden wieder rasiert.

Beispielhaft hierfür ist das arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm, das ausweislich der Vermerke dienen sollte zur Stabilisierung und Initiierung neuer ökonomisch, ökologisch und sozial sinnvoller Projekte, in denen besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes beschäftigt und qualifiziert werden, sowie um von Entlassung bedrohte Arbeitnehmer noch während ihrer Beschäftigung in der Firma auf andere Beschäftigungen in der Region hin zu qualifizieren.

(B)

Es sollte sich hier also um Maßnahmen handeln, die aktive Arbeitsmarktpolitik im Sinne eines sozialökologischen Umbaus ermöglichen und den gewerkschaftlichen Slogan "Beschäftigungspläne statt Sozialpläne" mit Leben füllen könnten, was ja auch angesichts der neuerlichen Vorgänge um Siemens in Gladbeck oder Philips in Siegen oder auch wegen des Erfordernisses sozialer Gestaltung von Truppenabbau und Entmilitarisierung dringendst erforderlich wäre. Im ursprünglichen Entwurf mit bescheidenen 4 Millionen DM ausgestattet, wird dieses Zukunftsprogramm jetzt auf 1 Million zusammengestrichen und damit praktisch liquidiert.

In die Rubrik "Demontage zukunftsorientierter Reformansätze" fällt z. B. auch das Programm "Soziale Technikgestaltung". Ehemals Vorzeigeprojekt der Landes-SPD, wird es im laufenden Jahr um ein Viertel gekürzt, wobei per Erhöhung der Verpflichtungs-

(C)

ermächtigung noch der Gesichtverlust gegenüber den Gewerkschaften etwas repariert werden soll.

Ähnlich bei einem Programm im Bereich des Gesundheitswesens, das vor allem Zusammenhänge zwischen Schadstoffeinträgen in der Umwelt und Gesundheitsgefährdung untersuchen sollte, bei dem die Landesregierung ursprünglich selbst das Erfordernis einer deutlichen Erhöhung gesehen hat, das aber jetzt auf die Hälfte zurückgestutzt wurde.

Die dritte Leitlinie heißt, frei nach Heinemann oder Arentz - sie können sich da gern um die Urheber-schaft streiten -: Wenn schon Sozialpolitik, dann für Deutsche und nicht für Ausländer und Asylanten. Denn dieses Spiel ist durchaus kein Monopol der CDU. Sie macht das auf dem Papier und deshalb ein paar Nummern größer. Aber die Landesregierung macht dasselbe in der Realität, wengleich ein paar Nummern kleiner.

(Zurufe von der SPD)

Ich will jetzt gar nicht groß in die öffentlichen Ankündigungen unseres Ministers einsteigen, er werde bei den Sozialhilfeleistungen für Asylsuchende 40 Millionen DM für die Altenpolitik einsparen. Denn vorsichtshalber ist ja auch darauf verzichtet worden, diese Ankündigung haushaltsmäßig umzusetzen, und nach dem, was die SPD zu unserem Antrag "Flüchtlingvorsorgeprogramm" letzte Woche hier ausgeführt hat, geht sie ja auch eher davon aus, daß der Bedarf wächst.

(D)

Aber die Kostenerstattung für Sozialhilfeleistungen an De-facto-Flüchtlinge, die mußte zunächst einmal als Steinbruch herhalten. Da war die Landesregierung zunächst der Meinung: 3,8 Millionen DM mehr in Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf. Das war noch vor dem Golf-Krieg, vor der Zuspitzung der Lage auf dem Balkan. Dann meinte sie, 10 Millionen DM weniger, und die SPD-Fraktion setzt noch mit weiteren 900 000 DM Kürzungen nach. Jetzt haben wir also statt 3,8 Millionen DM mehr 7,1 Millionen DM weniger. Hintergedanke ist: Da das Pflichtleistungen sind, werden wir für den Fall, daß der Bedarf unerwarteterweise doch nicht sinkt, einen kleinen Nachtragshaushalt vorlegen, mit dem wir dann wieder öffentlichkeitswirksam über die Kostenexplosion bei Flüchtlingen stöhnen können.

(A) (Abgeordneter Kreutz [GRÜNE])

Nebenbei: Die CDU ist von ihrer Ausländerfeindlichkeit offenbar schon dermaßen umnachtet, daß sie auch beim Haushalt, wo sie normalerweise auf Seriosität Wert legt, in diesem Punkt buchstäblich nur noch Wahnsinn beantragt hat, nämlich 240 Millionen DM Kürzung bei den Sozialhilfekosten für Asylsuchende und Flüchtlinge. Das ist ein Drittel des gesamten Sozialhilfehaushalts für Asylsuchende und 40 % bei den De-facto-Flüchtlings. Das ist einfach nur noch Wahnsinn und auch haushaltspolitisch völlig unseriös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unter das Motto "Sozialpolitik für Deutsche" gehört auch der Umgang mit dem Programm zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer. Hier hat die Landesregierung schon im ersten Gang 1,4 Millionen DM gegenüber 1990 gestrichen, obwohl sie selber ausweislich des Erläuterungsbandes zum Haushalt einen erheblich gestiegenen Bedarf gesehen hat. Das hat sie aber nicht daran gehindert, im Nachgang noch einmal 1 Million DM zu streichen. Es scheint irgendwie passend zu sein, in Zeiten, wo das Problem der Fremdenfeindlichkeit zunehmend Besorgnis erregt, die sozialen, kulturellen und beruflichen Hilfen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückzufahren. Da kann es natürlich auch nicht wundern, daß selbst bescheidenste Anliegen, wie etwa die Förderung von Sprachkursen für Flüchtlinge, die eine minimale Teilnahme am Leben hier ermöglichen und helfen würden, Vorurteile abzubauen, einfach kommentarlos abgebürstet werden.

(B)

Vierte Leitlinie: Rasenmäher. Ein Milliönchen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ein paar Milliönchen bei der AIDS-Bekämpfung - Resolution zum Welt-AIDS-Tag hin oder her! -, ein halbes Milliönchen hier, ein Milliönchen da, Kleinvieh macht auch Mist, und der Rest ist Schweigen!

Unsere sozialpolitischen Anträge richten sich gegen die reformpolitische Selbstaufgabe des Landes und verfolgen das Ziel der Sicherung von gesellschaftlicher Teilhabe und Integration, gegen Ausgrenzung und Entsolidarisierung, und zwar schwerpunktmäßig in den auch frauenpolitisch relevanten Bereichen der Altenpolitik, der Armutsbekämpfung sowie der Einwanderung und Flucht.

(C)

In der Altenpolitik geht es uns darum, in acht differenzierten Positionen mit einem zusätzlichen Mittelvolumen von 91,5 Millionen DM vor allem zukunftsweisende reformpolitische Erfordernisse umzusetzen, die auf der Ebene allgemeiner theoretischer Bekenntnisse auch in diesem Hause ja eigentlich unstrittig sind. Der Dualismus familiärer Pflege zu Lasten unbezahlter Frauenarbeit in den Familien einerseits und von Aussonderung und Abschiebung in stationäre Einrichtungen andererseits soll aufgebrochen, das Menschenrecht auf Selbstbestimmung und Teilhabe im Alter soll verwirklicht werden.

Deshalb beantragen wir die Konzentration der finanziellen Anstrengungen im investiven Bereich zur Förderung neuer Wohn- und Betreuungsformen, wie Wohngruppen und Hausgemeinschaften, zu entsprechenden Umbaumaßnahmen bei bestehenden Heimen, zum Auf- und Ausbau von Einrichtungen der Kurzzeit- und Tagespflege, die gemeindenah im Verbund mit ambulanten Hilfen den Verbleib der Menschen im eigenen Wohn- und Lebensumfeld sichern können.

Wir beantragen für die ambulanten Hilfen eine gezielte Förderung solcher Angebote, die bislang noch in keiner Weise über andere Kostenträger abgesichert sind, obwohl ihre herausragende Bedeutung für die Sicherung der häuslichen Pflege unumstritten ist. Wichtig und auch billig zu haben ist in diesem Zusammenhang eine Förderung von Selbstorganisationen alter Menschen, die die Sicht von Betroffenen aus erster Hand in die politische Meinungsbildung einbringen können. Es ist doch ein Unding, meine Damen und Herren, daß zum Beispiel der Landesseniorenrat seine Portokosten aus den privaten Renteneinkünften seiner Aktiven zu bestreiten hat.

(D)

Im Kampf gegen die Armut beantragen wir ein 20-Millionen-Sofortprogramm zur Förderung kommunaler Teilhabepässe für Sozialhilfeberechtigte und Erwerbslose. Durch die Bezuschussung in Höhe von in der Regel 50 % der Kosten soll ein Anreiz geschaffen werden, um das Beispiel der Kommunen, die bereits solche Teilhabepässe zur ermäßigten oder kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und von Kultur- und Freizeiteinrichtungen eingeführt haben, schnellstmöglich flächendeckend zu verallgemeinern.

(A) (Abgeordneter Kreutz [GRÜNE])

Wir beantragen im Rahmen eines Modellprogramms den Einstieg in den Aufbau eines Netzes unabhängiger Sozialhilfeberatungsstellen.

Die jüngsten Pressemitteilungen, meine Damen und Herren, über weit verbreitete Praktiken illegaler Sozialhilfekürzungen durch die Ämter in Nordrhein-Westfalen haben nochmals unterstrichen, wie nötig unabhängige Hilfen zur Wahrung der Rechte der Betroffenen sind. Ich weise auch darauf hin, daß Unkenntnis einer der Gründe ist, warum knapp die Hälfte der Sozialhilfeberechtigten ihre Rechte bisher nicht in Anspruch nimmt.

Schließlich beantragen wir präventiv Mittel für eine regelmäßige Armuts-Reichtums-Berichterstattung des Landes, denn die erste Aufgabe im Kampf gegen Armut besteht darin, die Not dem Verdrängen und Vergessen zu entreißen und sie zu einem öffentlichen Thema zu machen.

Im Sinne der Teilhabe und Integration von Flüchtlingen fordern wir insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen. Hier ist ohne große Kosten Erhebliches machbar, vor allem durch den Aufbau unabhängiger Beratungsstellen, die Asylsuchende und Flüchtlinge über ihre sozialen und verfahrensmäßigen Rechte und Pflichten aufklären und sie bei ihrer Wahrnehmung dieser Rechte und Pflichten unterstützen. Damit kann auf der einen Seite der permanenten Demontage ihrer Rechtsstellung entgegengewirkt werden; andererseits können sich aber durchaus, bezogen auf Asylverfahren, Effekte zur Verkürzung der Verfahrensdauer ergeben.

Zum zweiten muß die Beratungsstelle der Roma- und Cinti-Union in Moers dauerhaft gesichert werden, weil sich das sogenannte Reintegrationsprogramm zunehmend als undurchführbar erweist - nicht zuletzt wegen der Zuspitzung der Lage in Jugoslawien - und davon auszugehen ist, daß auch künftig staatenlose und osteuropäische Roma über längere Zeit Aufnahme in Nordrhein-Westfalen finden müssen. Sie brauchen dann selbstverständlich eine entsprechende Beratungsstelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu unserem Haushaltsantrag "Flüchtlingvorsorgeprogramm 1991" will ich mich angesichts der Debatte in der letzten Woche auf die Bemerkung beschränken, daß niemand aufgrund der internationalen Ereignisse der letzten Monate ernstlich behaupten kann, zusätzliche Vorsorge in diesem Bereich sei nicht vonnöten.

Teilhabe und Integration müssen auch für Menschen verwirklicht werden, die noch am Ende des 20. Jahrhunderts wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Deshalb beantragen wir die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferates im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

(Allgemeine Heiterkeit - Zuruf und lautes Lachen des Abgeordneten Hovest [SPD])

- Das ist überhaupt nicht zum Lachen, mein lieber Kollege. Das zeigt nur, daß Sie nicht verstanden haben, worum es geht. Das wäre nämlich überhaupt kein Novum, damit würde Nordrhein-Westfalen lediglich Anschluß an eine Entwicklung finden, die im europäischen Nachbarland längst begonnen hat und längst zu entsprechenden Referaten in der Verwaltung geführt hat.

(Zurufe von allen Parteien - Glocke des Präsidenten)

Selbst im konservativen Berlin, Herr Kollege, unter Herrn Diepgen hat man noch nicht die Axt an ein solches Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen gelegt, das 1989 dort eingerichtet wurde. Nordrhein-Westfalen will doch nicht in emanzipatorischer Politik hinter dem schwarzen Berlin zurückstehen?

Vorletzter Punkt: Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht. Die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes an der Mangelwirtschaft, gerade auch im Bereich des Arbeitsschutzes, ist seit langem bekannt. Herr Minister, auf Dauer werden Sie sich auch im Bereich des Arbeitsschutzes nicht mit spektakulären Sondereinsatzkommandos über die Runden retten können, denn an der großen Zahl der Klein- und Kleinstbetriebe, die ständig wächst, geht dieser Aktionismus doch völlig vorbei.

Wenn derzeit ein Arbeitsschützer der Gewerbeaufsicht auf 1 023 Betriebe kommt und es keine Selten-

(C)

(D)

(A) (Abgeordneter Kreutz [GRÜNE])

heit ist, daß Betriebe zehn Jahre lang nicht überprüft werden, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern im Zuge der technologischen Entwicklungen immer komplexeren Aufgaben gegenübersehen, ohne dafür hinreichende Qualifizierungshilfen zu erhalten, darf man sich doch nicht wundern, wenn immer mehr Kollegen die innere Kündigung vollziehen und es immer schwerer wird, Leute für diese Aufgaben zu gewinnen.

Es mag ja hier Leute geben, die in der Verstetigung des organisierten Vollzugsdefizites ein probates Mittel der Wirtschaftsförderung sehen. Wir halten die Situation für einen Skandal in einem Kernbereich landespolitischer Aufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kreutz, darf ich Sie auf die Redezeit aufmerksam machen?

(B) Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Danke schön. - Angesichts eines Fehlbestandes von rund 700 Stellen bei der Gewerbeaufsicht insgesamt beantragen wir allein im Bereich des Arbeitsschutzes 100 Stellen zusätzlich sowie eine deutliche Aufstockung der Mittel für Aus- und Fortbildung der Bediensteten. Ich bitte um Zustimmung zu unseren Anträgen, meine Damen und Herren, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Hüls für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Hüls (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sehr schade, Herr Kollege Kreutz, daß hier so wenig Zeit ist, auf Ihre Einlassungen einzugehen. Sie reizen nicht nur in vielen Bereichen, sondern es ist auch dringend notwendig, daß wir über die Einzelheiten einmal diskutieren, damit die Öffentlichkeit sieht, daß es auch andere Meinungen im Saal und auch in Nordrhein-Westfalen gibt.

(Beifall bei der CDU)

(C) Aber ich möchte doch etwas nicht so stehenlassen, was Herr Kollege Kuschke eben gesagt hat. Er hat meinen Kollegen Arentz bezichtigt, Asylpolitik und ältere Menschen zu verquicken. Dabei hat der Kollege Kuschke gar nicht gemerkt, daß das Zitat von Minister Heinemann "Da entscheide ich mich im Zweifel für die alten Menschen" in einen Gegensatz zur Hilfe für die Asylbewerber gestellt wurde. Der Beifall der SPD galt in diesem Fall natürlich dem Kollegen Kuschke, weil er glaubte, er hätte den Kollegen Arentz richtig getroffen. Das war also in Wirklichkeit eine schallende Ohrfeige für den Minister Heinemann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren! Wir diskutieren über Anspruch und Wirklichkeit der Sozialpolitik der SPD und der von ihr getragenen Landesregierung.

Das Wort vom sozialen Gewissen der Nation geistert schon den ganzen Morgen durch den Plenarsaal. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, wir werden Ihre Taten bewerten, nicht Ihre Worte oder Absichtserklärungen und schon gar nicht Ihre Hochglanzbroschüren. Wir bewerten das, was Sie wirklich (D) getan haben, im Vergleich zu den Absichtserklärungen, die im Landesaltenplan zu finden sind.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinemann: Sehr gut!)

Mein Kollege Arentz hat Ihnen anhand von Zahlen und Fakten nachgewiesen, wo Sie in Nordrhein-Westfalen versagt haben, wo Sie angesichts der demographischen Entwicklung keine vorsorgende Politik betrieben haben. Und dies ist keine Erfindung der CDU, sondern im Landesaltenplan nachzulesen.

Der von Ihnen so sehr gescholtene Norbert Blüm hat mit seiner Gesundheitsreform und der damit verbundenen Hilfe für die Pflegebedürftigen beispielhaft Vorsorgepolitik betrieben, und zwar gegen Ihren massiven Widerstand.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Für Ärzte und Pharmakonzerne! - Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

(A) (Abgeordnete Hüls [CDU])

Herr Minister Heinemann, für Ihre mangelnde Vorsorge gibt es keine Entschuldigung. Wir alle kennen die demographische Entwicklung seit vielen Jahren. Sie hätten nur Ihren Bevölkerungsentwicklungsbericht von 1984 lesen müssen, um zu erkennen, wieviel dringender Handlungsbedarf ansteht. Das große demographisch bedingte Problem ist die Versorgung der älteren Menschen mit sozialen Diensten.

Heute werden 85 bis 90 % aller älteren Menschen in den eigenen vier Wänden von den Familienangehörigen gepflegt. Fast 80 % aller sehr schwer und schwer Pflegebedürftigen werden von Frauen, d. h. Töchtern, Schwiegertöchtern oder Ehefrauen, betreut. Junge berufstätige Frauen schränken der Pflege wegen ihre Arbeit ein oder verzichten ganz auf sie. Betroffen sind auch Frauen zwischen 45 und 50 Jahren, die berufstätig waren, Kinder erzogen haben, in den Beruf zurückkehren möchten und angesichts hilfsbedürftiger Angehöriger zu Hause bleiben; dies verdient höchste Anerkennung. Manche Frauen pflegen ihre Familienangehörigen so lange, bis sie für ihren Beruf zu alt bzw. selber zum Pflegefall geworden sind. Diese Frauen sind auf Hilfe angewiesen, auf ambulante Dienste. Die Not der Pflegenden ist oft mit Händen greifbar.

(B) Kennen Sie, Herr Minister Heinemann, eigentlich die Warteliste in den Altenheimen? Kennen Sie die Not, die Angehörige Schwerstpflegebedürftiger haben, wenn sie mit der Pflege überfordert sind, in der Nähe keinen Pflegeheimplatz finden und bis nach Süddeutschland auf der Suche sind? Diese Menschen können Sie mit Bewilligungsbescheiden im Pflegeheimbau für das Jahr 1997 oder gar 2002 bestimmt nicht vertrösten. Diesen Menschen werden Sie auch nicht sagen, daß Sie schon seit 1982 der Stiftung Wohlfahrtspflege fast 400 Millionen DM entzogen haben, um die Löcher im Etat mit Mitteln zu stopfen, die nach dem Spielbankengesetz für die Alten- und Behindertenarbeit vorgesehen waren. Die Spielbankenabgabe betrug allein 1990 112 Millionen DM; davon behielt die Stiftung ganze 46,6 Millionen DM für ihre wichtigen Aufgaben. Der Rest in Höhe von sage und schreibe 65 Millionen DM floß in den Landeshaushalt.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das ist ungeheuerlich!)

(C)

Das ist ein unverantwortlicher Raubbau auf dem Rücken der Alten.

(Beifall bei der CDU)

Wie viele neue Pflegeplätze hätte man damit errichten können!

Jetzt ist der Landesregierung schon wieder etwas Neues eingefallen, wie man sich der Stiftungsmittel bedienen kann.

(Abgeordneter Krömer [CDU]: Raubritter!)

Nach dem Spielbankengesetz entscheidet der Stiftungsrat autonom über die Verwendung der Mittel. Nun wird über die faktische Bindung an einen obskuren Landestitel - genannt "Innovationsfonds" - die Autonomie der Stiftung in hohem Maße tangiert. Allein 1990 wurden aus dem besagten Innovationsfonds mit knapp 800 000 DM Landesmitteln 2,7 Millionen DM Stiftungsmittel gebunden, und dies zum Teil bis zu drei Jahren. Kein Träger hat zwar Anspruch auf die Stiftungsmittel, die Träger haben aber zumindest ein Recht auf Gleichbehandlung. Die Bindung an die Landesmittel greift in die Autonomie des Stiftungsrates ein.

(D)

(Abgeordneter Schmidt [Wetter] [SPD]: Nein!)

Hier ist zu prüfen, ob dies nicht rechtswidrig ist. Aber die Rechtsaufsicht liegt beim MAGS, und wir werden sehen, was daraus wird.

(Abgeordneter Schmidt [Wetter] [SPD]: Das war doch im Stiftungsrat beschlossen!)

- Herr Schmidt, Sie wissen genau, daß das gegen meinen entschiedenen Widerstand geschehen ist. Ich habe mich auch stets dagegen verwahrt, weiterhin so zu verfahren.

(Abgeordneter Schmidt [Wetter] [SPD]: Das war falsch!)

Wir werden im Stiftungsrat sicherlich noch darüber reden.

Allerdings können Sie, Herr Minister Heinemann, als zuständiger Minister dafür nicht die Schuld auf andere

(A) (Abgeordnete Hüls [CDU])

re lenken - Herr Kollege Schmidt, Sie können ruhig lachen; es ist so -,

(Abgeordneter Schmidt [Wetter] [SPD]: Man wird doch noch lachen dürfen!)

wie das sonst Ihre Art ist. Minister Heinemann läuft ständig zu Hochform auf, wenn er auf die Steuerreform schimpfen kann, wenn er auf Bonn schimpfen kann. SPD und Landesregierung stehen seit Jahren auf einem riesigen Verschiebebahnhof. Sie verschieben die Schuld für ihre Versäumnisse und das nicht vorhandene Geld nach Bonn. Vor einiger Zeit war es die Steuerreform, heute sind es die Kosten der Einheit. Ich erinnere nur daran, daß immer gesagt wurde: Wir müssen die Proteste nach Bonn umlenken.

(Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

Sie verschieben aber nicht nur die Schuld nach Bonn, Herr Minister, Sie verschieben auch noch die Lasten auf die Kommunen. Jüngstes Beispiel ist die Befrachtung des GFG mit den Kosten für die Übergangsheime und den Investitionen für die Kindergärten. Reinster Verschiebebahnhof!

(B)

Nur: Die Kommunen lassen es sich jetzt nicht mehr gefallen. Ich habe noch nie so viele Resolutionen mit dem Tenor erhalten: Wir können die geplante unerträgliche Belastung unserer Kommunen zugunsten des Landeshaushalts nicht akzeptieren. Wir fordern die Landtagsabgeordneten auf, die vorgesehenen Kürzungen des Steuerverbundes zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Eines möchte ich noch feststellen: Es stimmt auch nicht, daß Nordrhein-Westfalen kein Geld hat. Wir haben einen Landesetat von immerhin 72 Milliarden DM. Wir müssen nur sehen, wofür das Geld ausgegeben wird, wo die SPD die Prioritäten ihrer Politik setzt, wofür die Mittel bereitgestellt werden: für die Gesamtschulen, für das Frauenministerium, für das Institut "Mensch und Technik" - ich könnte die Reihe beliebig fortführen. Man muß eben sehen, daß Ideologie der SPD und der Landesregierung wichtiger ist, als es die Menschen sind. Aber dann stehen Sie bitte auch zu Ihren Prioritäten und lassen es zu, daß man Ihre Politik auf den Prüfstand stellt. Sie sollten auch im Interesse der Glaubwürdigkeit der

(C)

Politik dann die Schuld nicht auf andere schieben, sondern zu Ihren Prioritäten stehen. Wir setzen andere Prioritäten und werden diese hier deutlich machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Krömer für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Krömer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Kuschke, auch wenn Sie jetzt nicht im Plenum sind: Die Probleme in der Drogenpolitik haben sich verschärft. Deshalb hat Herr Arentz vorhin auch vorgeschlagen, entsprechend unserem Antrag den Ansatz um 5 Millionen DM zu erhöhen. Es ist schon beängstigend, wenn 1990 die Todesrate um 50 % zugenommen hat, für 20 000 Abhängige lediglich 410 Therapieplätze angeboten werden und Sie sich in ihren Erläuterungen zum Haushalt 1991 um eine Vermehrung der Plätze um insgesamt zwanzig Einheiten bemühen.

Ich glaube, dies macht deutlich, wie brüchig das soziale Gewissen der SPD hier formuliert wird und in die Praxis umgesetzt werden soll. **(D)**

Lassen Sie mich aber zu einem etwas anderen Thema schwerpunktmäßig sprechen dürfen: "Nicht nur für 1981!", so lautet die Überschrift eines Buches zu Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte. Mit dem UN-Jahr der Behinderten sollte 1981 das Jahrzehnt für und mit den Behinderten eingeleitet werden.

Doch was ist aus all den Vorsätzen geworden? Von 1981 bis 1991 sind zehn Jahre vergangen, und wir fragen: Welche Initiativen sind von NRW ausgegangen? Welche Defizite sind immer noch vorhanden? Welche Unterlassungen sind unverantwortlicher Weise festzustellen?

Sind die Behinderten akzeptierte Glieder unserer Gesellschaft geworden? Hat der Behinderte auch seinen Platz in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gefunden, oder wurden die Behinderten nur am Rande mit einem allgemeinen Satz erwähnt?

(A) (Abgeordneter Krömer [CDU])

Herr Minister Heinemann, wo waren Sie, wo waren Ihre Worte am letzten Sonntag, dem Internationalen Tag für Behinderte? - Ist das Ihre Verantwortung für die Behinderten, für ihre Familien, für die Eltern, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ambulanten und stationären Behindertendiensten?

Der jüdische Philosoph Martin Buber gibt uns folgende Handlungsmaxime mit auf den Weg:

Vertrauen in den Partner und Echtheit in der Begegnung charakterisiert das Menschsein.

Wir fordern die Landesregierung auf: Laßt die Behinderten nicht im Stich! Wir wollen und wir werden umfassend helfen, damit das wahr wird, was ein Behinderter in Israel anlässlich des Chanukka-Festes vorgelesen hat. Ich zitiere aus einem Zwiegespräch mit der Mutter:

Ich kann viel mehr, als Du und andere denken. Und wenn es zu schwer für Dich ist, dann werde ich alleine kämpfen, Mutter. Ich werde jedem zeigen, daß ich aufwachsen und mich entwickeln und auf meinen eigenen Füßen stehen kann. Vielleicht werde ich nicht so gerade stehen. Vielleicht werden sie nicht immer genau verstehen, was ich sagen möchte.

(B)

Aber sag ihnen, Mutter, daß ich ihr Mitleid nicht brauche. Von niemandem brauche ich Mitleid.

Ich möchte, daß sie mich respektieren und daß sie mit mir wie mit jedem anderen sprechen.

Wir wissen um unsere Verantwortung und Aufgabenstellungen für Gegenwart und Zukunft. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf: Ein Landesbehindertenplan 1991 sollte nach einem Jahrzehnt angekündigter Initiativen umgehend erstellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen Bilanz ziehen, Gegenwartsaufgaben beschreiben und Zukunftsperspektiven aufzeigen.

Ziel muß es sein, die Isolation zu verhindern und mehr Integration zu vermitteln.

(C)

Deshalb müssen ausreichend Arbeitsmöglichkeiten für Behinderte angeboten werden. Hier haben besonders Behörden eine Vorbildfunktion wahrzunehmen.

Was haben Sie, Herr Minister, getan?

Sind mehr als 6 % Behinderte in allen öffentlichen Verwaltungen und Dienststellen beschäftigt, und ist damit der Mindestanteil erreicht worden?

Warum sind nicht ausreichend Werkstättenplätze geschaffen worden? Stimmt es, daß insgesamt ca. 10 000 Plätze allein in Nordrhein-Westfalen fehlen? Warum fehlen so viele Kindergartenplätze; vor allen Dingen für Sprachbehinderte und Körperbehinderte? Warum sind die Platzkosten und Platzzahlen seit Jahren unverändert auf 1 600 DM für Sprachbehinderte und 2 000 DM für Körperbehinderte festgeschrieben worden?

Warum haben Sie im investiven Bereich im Haushalt 1991 Kürzungen von 3,45 Millionen DM vorgenommen? Warum müssen geistig und psychisch Behinderte fünf Jahre auf einen Arbeitsplatz warten, der ihnen Erfüllung und Bestätigung gibt? Warum gibt es Wartelisten und Wartezeiten bei der Schaffung von Wohnheimen und Wohngruppenplätzen bis 1998? Warum tun Sie nichts für familienentlastende Dienste, damit Eltern und Familienangehörige notwendige entlastende Hilfen erfahren und der Behinderte möglichst lange in seiner vertrauten Umgebung, seinem Zuhause bleiben kann? Oder müssen Eltern - vor allem Mütter - erst zusammenbrechen, um dann aufgeben zu müssen?

(D)

Warum ist die Personalsituation in den Wohnheimen so besorgniserregend? Warum darf Personal selbst dann nicht eingestellt werden, wenn nach monatelangen Prüfungen durch den Landschaftsverband festgestellt wird, daß ein großer Personalbedarf vorhanden ist?

Nach meinen Informationen gibt es Einrichtungen, in denen ein Defizit von über 200 Stellen zu verzeichnen ist.

Warum gibt es keine eigenständige Fachausbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Werkstätten und Heimen für Behinderte im Lande Nordrhein-Westfalen?

(A) (Abgeordneter Krömer [CDU])

Stimmt es, daß ab dem 01.01.1993 in Brüssel für die EG neue Berufsklassenbezeichnungen eingeführt werden sollen? Stimmt es, daß nur noch drei Gruppierungen angeführt werden sollen: für Akademiker, Fachhochschulabgänger und für Hilfskräfte und Sonstige, unter denen dann Krankenschwestern, Krankenpfleger sowie Erzieherinnen und Erzieher, Heilerziehungspfleger und andere geführt werden?

Falls dies so ist: Was haben Sie getan, um diesen Entwicklungen und Abstufungen der letztgenannten Berufe zu begegnen?

Was ist von Ihnen veranlaßt worden, um einem Personalnotstand oder einer weiteren Personalflicht aus Behindertenwohnheimen entgegenzuwirken? Warum fehlen noch so viele Plätze in Früherkennungszentren sowie bei der Frühförderung und -behandlung von Behinderten oder entstehenden Behinderungen?

Jährlich werden in der ehemaligen Bundesrepublik circa 40 000 behinderte Kinder geboren. Haben Sie versucht, Einfluß auf die Förderung von Mietwohnungsbauten zu nehmen, die beinhalten könnten, daß Zugänge, Wohnungseingänge, Türen und sanitäre Anlagen im Erdgeschoß stufenlos, behinderten- und rollstuhlgerecht ausgebaut und gefördert werden?

(B)

(Beifall bei der CDU)

Warum sind im Haushalt 1991 Förderungsmittel für neue regionale Beratungsbüros - unter anderem für die Erarbeitung eines Konzeptes zur Koordinierung von Entscheidungen über Anträge auf finanzielle Förderung von Projekten - vorgesehen? Haben die freien Wohlfahrtsverbände, Initiativgruppen und Vereine mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine schlechte Arbeit geleistet, oder sollen die Wartezeiten für Behinderte noch länger werden?

Regionalisierung bietet sich bei den Wohngruppen und Familiengemeinschaften der Behinderten an, die weitgehend selbständig wirken und leben können. Dies trifft auch für geistig und psychisch Behinderte und Kranke zu. Regionalisierung bietet sich auch bei der Personalausstattung nach dem Betreuungsgesetz an. Was haben Sie, Herr Minister, inzwischen unternommen? Wie sollen diese Mehraufgaben personell aufgefangen werden?

Regionalisierung bietet sich ebenfalls bei der psychiatrischen Pflege älterer Menschen in den Sozial- und Diakoniestationen an.

(Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

Sie kann auf Dauer jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie von einem Ärzteteam und einer ortsnahen Tagesklinik begleitet wird. Nur so können jüngere und ältere psychisch Kranke erfolgreich gestärkt und gestützt werden.

Warum tun Sie sich bei der Finanzierung der Sonderkrankenhäuser so schwer, die für Mehrfachbehinderte unverzichtbar und notwendig sind?

Warum sind Sie im Bereich der Lebenshilfen und Sterbebegleitung - sowohl ambulant wie auch stationär - in unserem Land noch nicht tätig geworden?

Die Not ist groß. Wir sollten unsere Hilfen sowohl im stationären wie in ambulanten Bereichen nicht verweigern.

Bekannte und neue Aufgabenfelder liegen vor uns.

Sie, Herr Minister, sollten vom Ankündigungsminister Abschied nehmen und ein Handlungsminister werden. Nur so können Sie glaubwürdig dokumentieren, daß Sie nicht als Untätigkeitsminister in die Sozialgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen eingehen werden.

(D)

(Beifall bei der CDU - Minister Heinemann:
Ich heiße doch nicht Blüm!)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Krömer von der CDU-Fraktion und erteile für die GRÜNEN-Fraktion der Frau Abgeordneten Scheffler das Wort.

Abgeordnete Scheffler (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister! Ich würde gerne zu zwei Bereichen des Einzelplans 07 etwas sagen, und zwar zum Landesjugendplan und zu den Investitionen für Kindertagesstätten.

(A) (Abgeordnete Scheffler [GRÜNE])

Erstens. Die Diskussion um den Landesjugendplan hat zu einer völligen Verunsicherung bei den Verbänden und den Einrichtungen der Jugendarbeit geführt, weil die Regierung und auch die SPD-Fraktion täglich mit neuen Hiobsbotschaften herauskamen. Dieser Weg umfaßt fünf Schritte, die ich kurz benennen will:

1. Der Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1991 sah keine Ansätze für die Tariferhöhungen vor. Das heißt in Ministeriumssprache, er sollte "überrollt" werden.

2. Dann kam das große, schwarze Finanzloch von 1,4 Milliarden DM. Nun konnten wir der Presse entnehmen, daß 20 Millionen DM aus dem Landesjugendplan zur Disposition gestellt würden.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Hört, hört!)

Das hätte eine Kürzung von 8 % des gesamten Volumens bedeutet; die Jugendarbeit im Lande hätte wesentliche Einschnitte erleiden müssen.

Aber, Gott sei Dank, die Landesregierung merkte an den lauten Protesten aus den Jugendverbänden, was Sie beinahe angerichtet hätte.

(B)

Sie beschließt nun 3., "nur noch" 3,7 Millionen DM auf Kosten der Jugendlichen zu sparen. So geht es aus dem geänderten Haushaltsentwurf, aus der Drucksache 11/1250, hervor.

4. Um aber die effektive Kürzung schließlich doch noch als Erhöhung zu verkaufen, beantragt die SPD-Fraktion, Herr Hilgers, schließlich, auf der Basis der um 3,7 Millionen DM gekürzten Ansätze eine Erhöhung von 2,7 Millionen DM - also ein Minus von immer noch einer Million DM.

5. Um das Verwirrspiel dann ganz perfekt zu machen, beschließt schließlich der Haushalts- und Finanzausschuß, wieder genau die Summe für den Landesjugendplan einzustellen, die bereits im allerersten Haushaltsentwurf stand.

Ich frage mich: Wozu eigentlich dieses Theater? Wie viele Menschen haben wie viele Arbeitsstunden daran gearbeitet, diese Zahlenspielerei durchzuführen?

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, richtig freuen kann sich auch jetzt noch niemand. Denn effektiv wird der Landesjugendplan um 10 Millionen DM gekürzt, nämlich um die Steigerung der Personalkosten, die uns durch die Tariferhöhungen von 6 % in der Regel entstehen. Dieses Geld muß ja auch in den Kommunen aus dem Topf für die Jugendarbeit genommen werden. Das heißt, wir haben mit Einschnitten bei der Jugendarbeit zu rechnen.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich denke, das Hin und Her mit dem Landesjugendplan macht deutlich: Wir brauchen ganz schnell ein drittes Ausführungsgesetz zum KJHG. Nach 40 Jahren Landesjugendplan müssen Ansprüche gesetzlich abgesichert werden, muß Planungssicherheit für Verbände und Initiativen hergestellt werden. Jugendarbeit ist Zukunftsarbeit. Eine Landesregierung, die bereit ist, diese Arbeit so schnell zur Disposition zu stellen, handelt sehr kurzfristig.

Zweitens: Auch im Bereich der Kindergärten spielen Landesregierung und Mehrheitsfraktion das große Zahlenverwirrspiel. Wöchentlich gibt es neue Zahlen darüber, wie viele neue Plätze man zu schaffen denke. Dieser Haushalt stellt Kommunen und Träger vor große Probleme.

(D)

Dazu zwei Beispiele:

So muß die Stadt Monschau im Kreis Aachen nach der Aufgabe des kommunalen Ausgleichsstocks ihre Finanzen neu ordnen und den Haushalt sanieren. Man hat sich entschieden - leider, muß man sagen -, zur Deckung des Haushaltsdefizits die Trägerschaft der fünf Kindergärten aufzugeben. Die Eltern werden ultimativ vor die Wahl gestellt, bis zu den Sommerferien aus den Einrichtungen Elterninitiativ-Kindergärten zu machen oder andere Träger zu finden. Ansonsten, so wird ihnen angedroht, werden diese Plätze dichtgemacht.

Ähnliches geschieht zur Zeit in Herten.

Ein weiteres Problem stellt die späte Verabschiedung dieses Haushalts dar. Die bei den Landesjugendämtern liegenden bewilligungsreifen Anträge können nicht bearbeitet, nicht genehmigt werden, da ja seit

(A) (Abgeordnete Scheffler [GRÜNE])

dem 1. Januar keine Landesmittel für Investitionen fließen.

Das führt zum Beispiel dazu, daß eine Elterninitiative in Wuppertal, die nach den Osterferien eine neue Einrichtung eröffnen wollte, die geplanten 30 neuen Plätze zunächst nicht schaffen kann. Die Miete muß aber ab 1. April bezahlt werden; die Handwerker für den Umbau sind bestellt; Arbeitsverträge mit dem Personal müssen eingehalten werden. Das Risiko tragen die Eltern. Mit den neugeschaffenen Plätzen - sollten sie denn geschaffen werden - brüsten sich dann aber Landesregierung und Mehrheitsfraktion. Da der sogenannte vorgezogene Baubeginn aber laut Erlaß des Finanzministers untersagt ist, gerät das gesamte Projekt in Gefahr.

Wie Sie unter diesen Bedingungen dafür sorgen wollen, daß noch in diesem Jahr die versprochenen Kindergartenplätze geschaffen werden, ist mir ein Rätsel. Überhaupt bleibt mir Ihre Rechnerei ein Buch mit sieben Siegeln, und für die Öffentlichkeit ist sie überhaupt nicht mehr nachvollziehbar.

Herr Hilgers! Sie sprechen in der Begründung Ihres Antrages zur Erhöhung der Investitionsmittel auf 10,01 Millionen DM von bisher geplanten 18 000 Plätzen, wollen dann mit den zusätzlichen Millionen 7 000 neue Plätze schaffen; das wären 25 000. Aber in Ihrer Presseerklärung vom 8. März 1991 sprechen Sie von 27 000 neuen Plätzen. Auch hier stimmt die Rechnung hinten und vorne nicht. Wenn Sie nicht die Verpflichtungsermächtigungen für 1992 dazurechnen - und die können Sie in diesem Haushaltsjahr eigentlich noch nicht ausgeben -, so ergäben Ihre zusätzlichen 10 Millionen DM bei einem Mittelwert zwischen Neubauten und kostengünstigen Maßnahmen für nur ca. 3 500 Kinder einen Platz und eben nicht für 7 000. Aber: Selbst wenn sie all diese Versprechungen umsetzen können, ist es immer noch ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ich will das zum Schluß belegen und zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Jahresbericht von 1990 des Herrn Sauerbier, Landesjugendamt Rheinland. Er schreibt:

Am 21.12.1990 lagen mir insgesamt 1 577 Anträge mit einem Zuschußbedarf von 199 460 000 DM vor.

(B)

(C)

Das ist allein der Antragsüberhang für einen Landesteil Nordrhein-Westfalens. Zur Abdeckung dieses Bedarfs wird das Landesjugendamt für 1991 ca. 73 Millionen DM erhalten. Es fehlen 123,4 Millionen DM. Diese Summe würde nur die schon 1990 vorliegenden bewilligungsreifen Anträge, aber noch lange nicht den wirklich existierenden Bedarf abdecken. Gerade für den Bereich Kindertageseinrichtungen warne ich ausdrücklich vor großen Sprüchen und vor Entwarnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank Frau Kollegin Scheffler. Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hilgers das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Hilgers (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Scheffler! Ich will Ihnen das mit den Kindergartenplätzen gerne erklären. Also: Im Haushalt standen 20 000 Plätze; 18 000 Kindergartenplätze und 2 000 Plätze für sonstige Kindertageseinrichtungen.

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Dann stimmen Eure Anträge nicht!)

(D)

Also insgesamt 20 000 Plätze.

Wir haben uns entschieden, daraus 27 000 Plätze zu machen und dafür 41,5 Millionen DM zusätzlich bereitzustellen; davon 10 Millionen DM als Ansatz und 31,5 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigung.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist eine Mogelpackung!)

Das ist ja auch richtig, weil Sie ja davon ausgehen müssen, daß die Mittel nicht abfließen können - natürlich auch deswegen, weil der Haushalt jetzt hier beraten und verabschiedet wird und weil vom Verwaltungsverfahren bis zum Bau und zur Abrechnung soviel Zeit vergeht, daß es zur Auszahlung der letzten Mittel auch erst nächstes Jahr kommen kann.

(Zurufe der Abgeordneten Scheffler und des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE] - Abge-

(A) (Abgeordneter Hilgers [SPD])

ordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Deshalb stimmt die Zahl 27 000 nicht!

Da wir das Jährlichkeitsprinzip im Haushalt haben, ist es sinnvoll, hier eine Unterteilung zwischen Ansatz und Verpflichtungsermächtigung vorzunehmen.

Ich will das noch einmal politisch bewerten. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung 100 000 Kindergartenplätze versprochen, und dann hat die Landesregierung folgerichtig 20 000 im vergangenen Jahr und auch 20 000 in diesem Jahr im Haushaltsentwurf vorgesehen. Wir wissen aber, daß die Zahl der Kinder in unserem Land permanent steigt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

- Gott sei Dank. Darüber freue ich mich besonders. Ich wäre froh, es würden sich mehr Menschen mit mir darüber freuen.

Wir hatten im vergangenen Jahr 538 000 Kinder, und wir werden am Ende der Legislaturperiode weit mehr als 600 000 Kinder in den drei Jahrgängen vor der Einschulung in die Grundschule haben.

(B)

Vizepräsident Schmidt: Wenn Sie erst den Gedanken zu Ende führen wollen? Ich wollte Sie fragen, ob Sie eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Scheffler zulassen?

(Abgeordneter Hilgers [SPD]: Gerne!)

- Bitte schön.

Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Könnten Sie noch einmal definitiv sagen, wie viele neue Plätze bis zum 31.12.1991 Ihrer Voraussicht nach fertig sein werden?

Vizepräsident Schmidt: Herr Hilgers!

Abgeordneter Hilgers (SPD): Nach unserer Planung werden 27 000 Plätze durch Bewilligungsbescheid der

(C)

Landesjugendämter bewilligt werden. Das ist exakt das Verfahren.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das sind aber noch keine Plätze!)

Und je nachdem, wie das bautechnisch umgesetzt wird, werden sie dieses Jahr oder Anfang des nächsten Jahres fertig. Das ist natürlich eine bautechnische Frage, die sich sehr unterschiedlich beantwortet, je nachdem welche Bauplanung die örtliche Gemeinde jeweils vorgesehen hat. Deswegen ist eine Unterteilung - das habe ich schon erklärt - in Ansatz und Verpflichtungsermächtigung auch nur logisch.

Wir haben uns, weil es mehr Kinder gibt, dieses Jahr für 27 000 Plätze, also für 7 000 mehr als im 100 000-Plätze-Programm, entschieden,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wie ist denn die Versorgungsquote?)

weil wir wissen, daß wir ca. 150 000 Plätze benötigen werden, wenn wir in fünf bis sechs Jahren jedem Kind, das angemeldet wird, auch einen Kindergartenplatz garantieren wollen.

Diese neuen Zahlen haben sich ergeben, weil wir feststellen, daß es wieder mehr Kinder gibt, zum einen durch Zuzug, aber auch dadurch, daß eben die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt Eltern sind, auch mehr Kinder haben. Dieser erfreulichen Entwicklung wollen wir Rechnung tragen. (D)

Ich will nicht verhehlen, daß ich froh bin, daß es so gekommen ist, daß diese Zahl erhöht worden ist. Es war nicht einfach, zu einem Zeitpunkt, zu dem 1,4 Milliarden DM aus dem Haushalt gekürzt werden mußten, in diesem einen Politikfeld und in diesem einen Politiksektor nicht nur nicht zu kürzen, sondern noch zuzulegen.

Deswegen bin ich den Fraktionskollegen, die das so beschlossen haben, dankbar. Und ich bin froh, daß wir die sicherlich vorhandenen Kürzungsanträge - Frau Scheffler, das haben Sie richtig gelesen; es gab Vorschläge, den Landesjugendplan drastisch zu kürzen - haben abwehren können. Wenn 1,4 Milliarden DM - Sie haben das "schwarzes Loch" genannt; es hatte einen kleinen blau-gelben Anstrich, weil die

(A) (Abgeordneter Hilgers [SPD])

"Blau-Gelben" in Bonn dabei sind - aus einem Landeshaushalt herausgekürzt werden müssen, dann einen Politiksektor völlig von Kürzungen freizuhalten, ist schon eine Leistung. Ich denke, daß man darauf verweisen kann und soll, wenngleich natürlich jeder Jugendpolitiker gerne immer mehr hätte und sich mehr vorstellen kann; darüber besteht kein Zweifel. Ich bin froh, daß der Landesjugendplan ungeschmälert erhalten geblieben ist. Wir haben einige Umstrukturierungen vorgenommen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Hilgers, würden Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Vesper beantworten?

(Abgeordneter Hilgers [SPD]: Ja, bitte schön.)

- Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Einmal alles Drumherumgerede beiseite geschoben, Herr Kollege Hilgers: Wie lautet denn im Moment die Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen in Nordrhein-Westfalen? Ist es denn nicht so, daß die zusätzlichen Kindergartenplätze, die jetzt geschaffen werden, noch nicht einmal ausreichen, um die Kinder, die jetzt mehr zur Welt kommen, zu versorgen?

(B)

Abgeordneter Hilgers (SPD): Herr Dr. Vesper, wir werden in diesem Jahr vermutlich - nach den Prognosen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik - circa 27 000 Kinder mehr haben. Und wir schaffen 27 000 Kindergartenplätze mehr.

Damit wird die Versorgungsquote etwa bei 80 % bleiben. Das wird man am Ende des Jahres feststellen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Unterversorgungsquote!)

Hinzufügen muß ich: Es ist auch eine Leistung unserer Kommunen, 27 000 Kindergartenplätze umzusetzen. Es sind weit mehr als tausend Kindergartengruppen, die durch Anbauten, Neubauten, Umbauten erstellt werden müssen. Dafür müssen Grundstücke und Bebauungspläne vorhanden sein. Das Ganze ist

(C)

auch eine gewaltige bauwirtschaftliche Leistung. Die Bereitstellung von Mitteln - auch für 100 000 Kindergartenplätze - schafft ja noch keinen Kindergartenplatz. Es muß zusätzlich vor Ort Stadträte und andere Menschen geben, die das umsetzen.

Aber wir leben leider in einer Gesellschaft - das will ich einmal deutlich sagen -, in der die Nachbarn schon dagegen protestieren, wenn auf dem angrenzenden Grundstück ein Kinderspielplatz oder ein Kindergarten gebaut wird. Das ist doch der eigentliche Skandal in dieser Gesellschaft. Ich kann Ihnen aus meiner Stadt zwei Bebauungsplanverfahren nennen, bei denen die Absicht, neue Kindergärten zu bauen, zur Zeit an Einsprüchen, Bedenken und Anregungen von Bürgern scheitert, die alle gerne für ihre Kinder einen Kindergartenplatz haben wollen - nur nicht bei sich nebenan! Hier ist auch der Bundesgesetzgeber aufgerufen, an der Baunutzungsverordnung und am Baurecht insgesamt etwas zu verändern.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Aber die tun nichts!)

Es ist schon bei der Diskussion über Altenheime deutlich geworden, daß diese Hindernisse ausgeräumt werden müssen. Jedem muß klar werden, daß auch ein Kindergarten zum Wohnbereich gehört. Ich wäre froh, wenn unsere Kommunen es schaffen, dieses ehrgeizige Programm durchzuführen.

(D)

Auf einen anderen Aspekt will ich Sie noch hinweisen. Wenn 150 000 Kindergartenplätze sowie Einrichtungen für unter Dreijährige und für über Sechsjährige geschaffen werden sollen, werden wir innerhalb von vier bis fünf Jahren 20 000 Erzieherinnen und Erzieher mehr benötigen. Nun können Sie aber diejenigen, die heute die Fachschulen besuchen und in vier bis fünf Jahren fertigwerden, beim Namen nennen. Das sind zu wenige.

(Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.]: Und später brauchen wir Lehrer!)

Der große Engpaß liegt gar nicht in der Finanzierung; das werden wir in den nächsten Jahren feststellen. Der große Engpaß liegt in der Tat bei der Gewinnung von Fachpersonal: Werden wir überhaupt in einigen Jahren genügend Fachpersonal haben, um dieses ehrgeizige Programm zu bewerkstelligen? - Ich

(A) (Abgeordneter Hilgers [SPD])

bin froh, daß die Tarifvertragsparteien jetzt endlich die Eingruppierung der Sozialberufe im öffentlichen Dienst verbessert haben, und hoffe, daß davon ein positives Signal auch für die jungen Leute ausgeht, die sich mit dem Gedanken tragen, den Beruf des Erziehers oder der Erzieherin zu ergreifen. Ich kann alle nur auffordern, vor Ort dafür zu werben. Dieser Schritt kommt sehr spät, aber er ist da. Und wir sollten ihn positiv darstellen, damit sich viele junge Menschen für diesen auch schönen Beruf entscheiden, weil er jetzt wenigstens wirtschaftlich etwas besser ausgestattet wird, als das in den vergangenen Jahren der Fall war.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Hilgers, würden Sie noch eine Zwischenfrage, und zwar des Abgeordneten Krömer, zulassen?

(Abgeordneter Hilgers [SPD]: Bitte sehr!)

(B) Abgeordneter Krömers (CDU): Herr Hilgers, ist Ihnen bekannt, daß es Kindergärten gibt, die seit über zwölf Jahren auf Gymnastik- und Therapieräume warten, die bis heute nicht bewilligt worden sind? Und ist Ihnen weiter bekannt, daß noch in diesen Tagen grundschulbezirksbezogen Kindergartenplatzneubauwünsche mit dem Hinweis auf die Gesamtstadtquote abgelehnt worden sind?

Abgeordneter Hilgers (SPD): Mir ist bekannt, daß es Kindergärten gibt, deren Ausstattung durch zusätzliche Räume dringend verbessert werden müßte.

Mir ist auch bekannt, daß im Hinblick auf gute Versorgungsquoten in bestimmten Bereichen Anträge nicht bewilligt werden, weil wir noch Städte und Stadtteile haben, in denen die Versorgungsquote bei 40 und 50 % liegt und weil Anträge eingegangen sind, die zuerst bewilligt werden müssen. Das ist mir alles bekannt.

Mir ist auch bekannt, daß es Räte gibt, die so schlimme Entscheidungen treffen wie der Rat der Stadt Monschau. Dafür sind diese aber auch verantwortlich. Ich finde ein solches Verhalten nicht in Ordnung; mit den Leuten muß man diskutieren. Eine so wichtige Aufgabe wie die Bereitstellung von Kinder-

(C) gartenplätzen sollte von keinem Rat hintangestellt werden.

Ich würde sehr gerne dazu beitragen, daß sich auch die Qualität verbessert. Ich bin auch für eine Veränderung der Gruppenstärke und für mehr Personal. Nur werden Sie das nicht alles auf einmal schaffen. Sie werden weder das Personal auf dem Arbeitsmarkt gewinnen, noch werden Sie alles auf einmal finanzieren können. Für mich und für uns Sozialdemokraten ist jetzt erst einmal das Vordringliche, daß wir neue Kindergartenplätze schaffen,

(Beifall bei der SPD)

und zwar so viele, daß am Ende des Ausbauprozesses jedem Kind das Angebot eines Kindergartenplatzes unterbreitet werden kann. Und dann müssen wir auch Strukturverbesserungen anpacken. Aber die genannte Reihenfolge wollen wir einhalten. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. 27 000 neue Kindergartenplätze in einem Jahr ist eine Anstrengung des Landes. Ich hoffe, die Kommunen ziehen mit. Das wäre für die Kinder und die Betroffenen das Beste. - Danke schön.

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege (D) Hilgers. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Rösenberg das Wort.

Abgeordneter Rösenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf die Ausführungen des Kollegen Kuschke zurückkommen, der hier - sicherlich moderat - immer wieder betonte, die Sozialdemokraten einschließlich der Landesregierung seien das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland. Sie gebrauchen diese Formulierung immer sehr schnell, wenn es darum geht, in schulmeisterlicher Bewertung andere in die Pflicht zu nehmen. Aber wenn es darum geht, Ihre eigenen Entscheidungen, die Entscheidungen der Mehrheitsfraktion hier im Landtag, unter die Lupe zu nehmen, kommen Sie meines Erachtens in Gewissensnöte.

Die Frau Kollegin Scheffler von der Fraktion DIE GRÜNEN hat, wie ich meine, in sehr richtiger Art und Weise - ich kann mich deswegen kürzer fassen -

(A) (Abgeordneter Rösenberg [CDU])

etwas zu den Personalansätzen des Haushaltsplanentwurfs im Hinblick auf den Landesjugendplan gesagt. Sorgen Sie dafür, daß dies bei der Entscheidung über die einzelnen Personaltitel des Haushaltsplanentwurfs berücksichtigt wird; denn ansonsten lassen Sie die Träger im Regen stehen.

Lassen Sie mich ein Zweites aus dem Bereich des Landesjugendplans ansprechen. Sie, die SPD-Fraktion, formulieren die richtige Zielrichtung der Stärkung landeszentraler Jugendschutzmaßnahmen, Maßnahmen der Drogenbekämpfung etc. und beantragen - Sie haben das beschlossen - einen Landeszuschuß für die Aktion Jugendschutz. Draußen im Lande müssen wir aber deutlich machen, daß ab dem 1. Juli 1991 die Landesförderung für die örtlichen Jugendschutzfachkräfte völlig gestrichen wird. Unsere Position ist eine andere: Wir möchten die Landesförderung als Hilfe des Landes für die vielen Multiplikatoren vor Ort aufrechterhalten. Das ist der Arbeit dienlicher als die zusätzliche Einstellung und Förderung einer Kraft auf der Ebene des Landes.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Ich komme zur offenen Jugendarbeit und nenne zunächst zwei Zahlen. In 1990 betrug der Neuförderungsanteil bei den Betriebskosten 5,85 Millionen DM. Durch die Umstellung des Förderverfahrens entwickelte sich eine Grundrichtung, die ein Antragsvolumen von 9 Millionen DM beinhaltete. Schon im letzten Jahr stand nicht ausreichend Geld zur Verfügung, um den bestehenden Anträgen entsprechen zu können. Nun aber reduzieren Sie den Anteil nach Jugendeinwohnern und befrachten wiederum insbesondere die freien Träger mit diesen Problemen. Die jetzt im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Mittel reichen vorne und hinten nicht aus, um dem Antragsvolumen im Bereich der Weiterentwicklung und Neuorientierung der Jugendarbeit - davon ist, Herr Minister, oft die Rede - insgesamt gerecht zu werden.

Es geht weiter: Sie weisen darauf hin, daß die Abgeltung der Investitionskosten für die Einrichtungen der Jugendarbeit eine kommunalpolitische Aufgabe sei und kürzen die Ansätze um einige hunderttausend DM. Das heißt auf gut deutsch: Das, was im Haushaltsplanentwurf noch veranschlagt ist, ist praktisch nichts mehr. Nach Ihrer Auffassung wird das in Zukunft eine rein kommunalpolitische Aufgabenstel-

(C)

lung sein. Trotz der in diesem Bereich benötigten 100 Millionen DM Investitionskosten kürzt das Land seine Mittel auf Kosten der Kommunen und der Träger.

Herr Kollege Hilgers, Sie sprachen die zusätzlichen Kindergartenplätze an. Ich sage hier nachdrücklich: Wir begrüßen die Initiativen des Landes Nordrhein-Westfalen und der SPD-Fraktion - wir haben das in den letzten Jahren auch unterstützt - zur Schaffung zusätzlicher Kindergartenplätze in Nordrhein-Westfalen.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Gut, daß Sie das endlich einmal erzählen!)

Auf der anderen Seite höre ich von Herrn Hilgers, vom Minister und auch von Ihnen und von Ihren Kolleginnen und Kollegen: Wir schaffen zusätzliche Kindergartenplätze in Nordrhein-Westfalen. Was heißt denn "wir"? Das Land Nordrhein-Westfalen doch nur bedingt. Das sind doch noch die Kommunen, die erhebliche Leistungen erbringen, das sind die freien Träger, die Elterninitiativen und die Bürger, das sind doch nicht "wir", die SPD-Fraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Herr Hilgers, ich habe Probleme damit, daß Sie sagen, wir stellen Haushaltsmittel zur Verfügung, aber vor Ort kommt man damit nicht klar, man kann sie nicht ausgeben. Frau Scheffler hat darauf hingewiesen: Per dato heute liegt bei den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe ein Investitionsvolumen von 800 Millionen DM geprüfter und befürworteter Anträge vor. Das ist ein Landesanteil in Höhe von 400 Millionen DM. Das ist im Prinzip abrufbereit. Und dann haben Sie Probleme damit, wie Sie das Geld letztlich umsetzen können!

Herr Minister, Sie werden ja gleich antworten: Da wir jetzt in den Haushaltsplanberatungen 1991 stehen und auch schon bald an die Einbringung des nächsten Haushalts denken müssen, ist sicherlich von Bedeutung, wie sich der Kindergarten- und der Betreuungssektor aufgrund des Referentenentwurfs, aufgrund der Vorstellungen des Ministers weiterentwickeln wird. Herr Hilgers, Sie sagten: Wir schaffen. Was heißt: Wir schaffen? Der erhebliche Schritt nach vorne wird

(A) (Abgeordneter Rösenberg [CDU])

auch in diesem Jahr wieder zu Lasten der Kommunen im Lande getan. Sie befrachten das Gemeindefinanzierungsgesetz mit 116 Millionen DM, so daß - im Gegensatz zu den letzten Jahren - in 1991 die Kommunen indirekt zu einem erheblichen Anteil an der Investitionskostenförderung beteiligt werden.

Der Minister sagte in der Pressekonferenz am 12.03.1991 bei der Vorstellung des Referentenentwurfs, das Land wird die Investitionen für den Bau und die Einrichtung auch weiterhin mit bis zu 50 % fördern.

(Minister Heinemann: Richtig!)

Das ist falsch, Herr Minister! Ich unterstelle Ihnen keine bewußte Täuschung, aber unbewußt haben Sie eine falsche Aussage gemacht. In § 13 des Referentenentwurfs steht, daß das Land dem örtlichen Träger der Jugendhilfe 50 Prozent des durch ihn gewährten Zuschusses erstattet. Das ist doch etwas völlig anderes als Ihre Aussage vom 12.03., die Investitionen würden auch weiterhin bis zu 50 Prozent vom Land gefördert.

(Beifall bei der CDU)

(B) Damit Sie das - Herr Heinemann, in aller Freundschaft - auch richtig verstehen, will ich das an einem Beispiel deutlich machen. Da geht es um den Neubau eines Kindergartens in freier Trägerschaft, und da wollen wir ja alle, daß sich die freien Träger möglichst weiter beteiligen. Der Bau des Kindergartens kostet 500 000 DM, um das beispielhaft zu nennen. Nach der jetzigen Regelung zahlt das Land 250 000 DM, 50 %, nach der vorgesehenen Regelung des § 13 aber nur noch 187 500 DM, also eine erhebliche Reduzierung des Landesanteils. Das Jugendamt zahlt nach diesem Beispiel, wenn wir den Anteil des Trägers bei 25 % halten wollen - und das müssen wir; sonst finden wir keine freien Träger mehr -, bisher 125 000 DM, nach der von Ihnen vorgesehenen Regelung aber 187 500 DM, also eine zusätzliche Belastung des kommunalen Bereichs. Dabei aber sagen Sie: Wir leisten - all dies, was im Bereich des Kindergartens vorankommt.

Unter Berücksichtigung der Aussage des Ministerpräsidenten, in den nächsten 5 Jahren 100 000 Kindergartenplätze zusätzlich zu schaffen, sind ca. 3 Mil-

liarden DM an Investitionsvolumen erforderlich. Bei dieser Regelung heißt das: Sie entlasten sich als Land um 375 Millionen DM zu Lasten anderer. Dann kann man schön davon reden und sich mit diesen Federn schmücken, wenn es in diesem Bereich demnächst weiter geht.

Im Bereich der Betriebskostenförderung haben wir eine ähnliche Situation. Ich erkenne schon die Reduzierung im freien Trägerbereich an. Auf der anderen Seite haben wir eine Belastung der armen Träger und der Elterninitiativen. Das macht für den Bereich der Betriebskostenförderung eine Reduzierung des Landesanteils von rund 50 Millionen DM jährlich aus.

Jetzt aber, Herr Minister, kommt ein abenteuerlicher Satz. Der abenteuerliche Satz lautet: Auf Seite 2 Ihres Referentenentwurfs, wo Sie angeben müssen, wie das denn zu finanzieren ist, schreiben Sie unter d): "Für das Land und die Kommunen entstehen durch das Gesetz keine Mehrkosten." Das ist nun wirklich eine Irreführung der Öffentlichkeit und ein abenteuerlicher Satz. Für das Land entstehen keine zusätzlichen Mehrkosten. Da müßten Sie hineinschreiben: Für das Land entstehen weniger Kosten! Sie müßten aber hier erwähnen: Für die Kommunen entstehen durch die Vorgabe des Referentenentwurfs erhebliche Kosten von weit über 500 Millionen DM! Das wäre die Wahrheit gewesen.

Zum Elternbeitrag. Wir erinnern uns sehr genau daran - und dem wird auch im Referentenentwurf nicht widersprochen -: Der Kindergarten gehört zum Elementarbereich des Bildungswesens! Das ist übereinstimmend im Bildungsgesamtplan von 1970 festgelegt worden. Wenn wir daran festhalten wollen, dann ist das analog zu sehen wie die Bildungseinrichtung einer Grundschule. Davon sind wir aber 1982 aus bekannten Gründen mehrheitlich abgegangen, und wir haben den Elternbeitrag.

Unsere massive Kritik richtet sich im folgenden auf den Bereich der mittleren Einkommen, Herr Minister. Eines wird als Erfolg gefeiert: Sie haben es in der Pressekonferenz nicht so dargestellt, aber der Ministerpräsident im Rahmen der Tagung der Evangelischen Landeskirchen in Iserlohn. Dort sagte er am Samstagvormittag, daß er dafür sorgen werde, daß Eltern bei einem Einkommen unter 2 000 DM keinen Elternbeitrag zu leisten haben. Etwas ähnliches haben

(C)

(D)

(A) (Abgeordneter Rösenberg [CDU])

wir doch aber heute schon im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe auf Antrag; das ist doch nichts Neues. Oder denken Sie doch an die Geschwisterkinder. Rechnen Sie das doch einmal netto hoch, diese 2 000 DM, was das im konkreten Einzelfall bedeutet. Bei den Geschwistern haben wir doch heute schon die Halbierung beim zweiten Kind oder die Freistellung beim dritten Kind. Das ist doch in diesem Zusammenhang keine neue Errungenschaft.

Unsere Kritik liegt punktuell im mittleren Einkommensbereich. Das sind die Menschen in diesem Lande - der normale Klientelbereich, wenn ich ihn so nennen kann -, wo Frauen und Männer ca. 4 500 DM brutto haben, ungefähr 3 000 DM netto. Wenn die ihr Kind in einen Kindergarten geben, weil - eventuell - beide arbeiten und in diesem Einkommensbereich, wenn sie ein Häuschen gebaut haben, oft auch arbeiten müssen, auf diesen Verdienst angewiesen sind, dann macht das mit Mittagsbetreuung 240 DM. Mit Essenszuschlag - nehmen Sie 5,00 DM pro Tag - kommen bei 20 Tagen noch einmal 100 DM hinzu, und der Kindergarten kostet 360 DM. Das sind ca. 10 % des Nettoeinkommens nur für diesen Kindergartenplatz. Da setzt unsere massive Kritik ein. Diese Gesichtspunkte nennen wir unsozial; denn es kommt insgesamt zu einer Steigerung des Elternanteils von 240 Millionen DM auf demnächst 420 Millionen DM.

(B)

Ich fasse zusammen: Sie machen keine klare Aussage - oder doch, Sie machen eine klare Aussage: Sie lehnen die Übernahme des gesetzlichen Anspruches ab. Von Frau Ridder-Melchers höre ich fast dreimal am Tag sagen, daß es doch notwendig sei, den gesetzlichen Anspruch zu fixieren. Rheinland-Pfalz hat das getan, und im Hinblick auf die Bundesebene wird etwas ähnliches ausgesagt. Herr Minister, Sie haben einen Beschluß Ihres Bezirksparteitages Westliches Westfalen. Dort ist Herr Heinemann Bezirksvorsitzender, und die haben beschlossen: Einführung des gesetzlichen Anspruches auf Landesebene - ich hoffe doch: nicht nur im Hinblick auf die Bundesgesetzgebung.

Das wird hier nicht übernommen. Sie kürzen als Land erheblich im investiven Bereich; Sie entlasten sich bei den Betriebskosten; Sie erhöhen in diesem insbesondere von mir dargestellten Bereich unverhältnismäßig hoch die Elternbeiträge.

(C)

Der Referentenentwurf enthält auch keine Perspektiven zu dem, was Sie, Frau Scheffler, sagten oder was auch Herr Hilgers sagte, nämlich zu Hilfen im pädagogischen Bereich. Da ist einiges an Problemen zu bewältigen, wenn wir die Erzieherinnen für diese zusätzlichen Plätze in den Kinderbetreuungsangeboten haben wollen.

Dieser Referentenentwurf vermittelt nach unserer übereinstimmenden Auffassung von mehr Plätzen im Lande Nordrhein-Westfalen eben nicht die notwendige Schubkraft, und ich erkenne aufgrund der Beschlüsse der Landesregierung und auch der Mehrheit der SPD-Fraktion im Haushaltsentwurf 1991 auch nicht das, was Sie sich im Dezember 1990 bei der Einbringung des Haushalts 07 als Vorgabe gesetzt haben: Aufrechterhaltung der notwendigen Dinge - Sie erhalten das in wichtigen Bereichen nicht mehr aufrecht; dort ist ein Rückschritt zu erkennen - oder Stützung wünschenswerter Entwicklungen. Sie entwickeln in manchen wichtigen Bereichen nicht mehr weiter; da tritt Stillstand ein.

Insgesamt können wir diesem Haushaltsentwurf, Einzelplan 07, was die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik betrifft, so nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Herrn Kollegen Rösenberg und darf für die F.D.P.-Fraktion Frau Kollegin Witteler-Koch das Wort erteilen.

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bedenkenswert, nachdenklich stimmend, wenn man sich anhören muß, daß der SPD-Fraktion eigentlich nur eine einzige auffällige Bemerkung zur Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen oder in der Bundesrepublik einfällt, der alle zustimmen können: daß niemand Kindergärten oder Kinderbetreuungseinrichtungen nebenan haben möchte. Das ist im Grunde genommen das einzige Resümee, das ich für meine Fraktion aus der Rede von Herrn Hilgers ziehen kann. Alles andere ist wenig erheblich und zeigt nicht unbedingt, daß es der SPD-Landtagsfraktion ernst damit ist, eine Lobby für Kinder zu sein, eine Lobby für diesen ganzen Bereich zu sein und sich hierfür einzusetzen;

(A) (Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]

denn Sie hätten sicherlich mit dem von Ihnen sehr häufig zitierten sozialen Gewissen, das Sie angeblich für sich gepachtet haben, Schwerpunkte setzen und mit Prioritäten eine Politik gestalten können, die anders hätte aussehen können.

Diese oft genannten 27 000 Kindergartenplätze helfen uns insgesamt auch nicht weiter, weil Sie genauso gut wie ich wissen, daß die von Ihnen immer wieder angesprochene Versorgungsquote von 75 % effektiv wohl um 55 % liegt. Denn wenn Anträge auf Einrichtung von Kindergärten oder auf Erweiterung um soundso viele Plätze gestellt werden, dann muß eine Versorgungsquote unter 55 % vorliegen, bevor eine Gemeinde überhaupt damit rechnen kann, einen Zuschuß zu bekommen und in die Landesförderung aufgenommen zu werden.

Meine Damen und Herren! Was wir hier im Prozedere der Haushaltsberatungen erlebt haben, ist der Gipfel dessen, was in den letzten Jahren geschehen ist. Sie alle wissen - und ich will es hier wegen der Wichtigkeit wiederholen, obwohl es von einigen schon ansatzweise gesagt worden ist -: Wir haben einen Haushalt vorgelegt bekommen, der durch Sparvorschläge des Finanzministers ergänzt wurde. Alle Fraktionen haben immer wieder signalisiert: Wir alle sind bereit zu sparen; wir alle sind bereit, unseren Beitrag zu leisten, um den Aufbau im Osten mitzugestalten.

(B)

Was passierte dann? Diese vom Minister vorgelegten Sparvorschläge wurden durch die SPD-Mehrheitsfraktion konterkariert. Diskussionen in den Ausschüssen, da also, wo sie normalerweise stattfinden sollten, konnten in der Qualität nicht stattfinden, weil hier der Sparvorschlag des Ministers, da die Änderungsvorstellungen der Fraktion und dann noch entsprechende Änderungsanträge vorgelegt wurden.

Seitens der Fraktionen - natürlich aus der Opposition - gab es das Bemühen, in Anbetracht der wichtigen Situation, die wir zu bewältigen haben, nämlich den neuen Ländern zu helfen, an einem runden Tisch zu einer Einigung zu kommen. Auch daraufhin wurde keine Bereitschaft seitens der Mehrheitsfraktion signalisiert, auf Sparvorschläge der Oppositionsfraktionen einzugehen.

(C)

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Haben Sie denn einen zustimmungsfähigen Vorschlag gemacht?)

- Ich denke, daß Sie nicht lesen können, wenn Sie die Sparvorschläge beispielsweise der F.D.P., der CDU und auch der GRÜNEN nicht gesehen haben. Wir haben einen ganzen Katalog von Sparvorschlägen unterbreitet, der übrigens nicht im Sozialbereich seine großen Auswirkungen fand, sondern in vielen anderen Bereichen. Auch die, in denen wir Einsparvorschläge mit einem Potential von hier 10 % und da 20 % gemacht haben, die nachprüfbar und nachvollziehbar waren, haben Sie wenig interessiert. Sie sind Ihre Richtung marschiert, sofern die SPD in diesem Fall überhaupt eine Richtung hatte. Denn es ging ja von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung in den Ausschüssen mal so und mal so, und es war wenig ersichtlich, was die SPD nun wirklich wollte.

Es ist auch eine Frage des Demokratieverständnisses, wenn man sich das Prozedere in den Ausschüssen ansieht: Kurz vorher werden Anträge vorgelegt, die in das Gesamtkonzept der Landesregierung, sofern es denn eines gibt, kaum zu integrieren sind - also: Chaos perfekt! Haushaltsberatungen 1990 bzw. 1991 - wir haben sie ja etwas in das Jahr 1991 hinübergeschleppt - demnach eine Farce!

(D)

Wir haben an dieser Stelle das Thema Kinder, Jugend, Familie zu debattieren. Ich habe das Gefühl: Kinder, Jugend, Familie - das ist das Stiefkind der Landesregierung; denn Prioritäten sind hier wirklich nicht zu erkennen. Hier müßte das soziale Gewissen, wie eben schon einmal zitiert, sehr schnell in ein schlechtes Gewissen umschlagen. Herr Heinemann, hier wäre das Bekenntnis zu einem Rechtsanspruch für jedes Kind der richtige Weg in die richtige Richtung. Sie signalisieren auch immer wieder, daß Sie Rahmenbedingungen schaffen wollen, die zum Beispiel auch dem Schutz des ungeborenen Lebens entgegenkommen. Sie wissen, welche Haltung die Liberalen haben: Wir wollen eine modifizierte Fristenregelung mit obligatorischer Beratung. Aber das heißt auch, daß wir die Rahmenbedingungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft schaffen müssen. Da wäre der erste wichtige Schritt, einen Rechtsanspruch zu schaffen; aber so weit wollen Sie nicht gehen.

(A) (Abgeordnete Wittler-Koch [F.D.P.]

Wenn wir uns die Lage in Nordrhein-Westfalen ansehen, hilft es uns überhaupt nichts, hier mit einzelnen Zahlen hin- und herzujonglieren. Wir müssen feststellen: Die Betreuung der Kinder unter drei Jahren ist desolat, die der Kinder über drei Jahren überhaupt nicht gewährleistet, und was darüber hinausgeht und was Gott sei Dank jetzt vom Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelt wird, ist auch nicht gerade erwähnenswert.

Dabei ist ganz zu schweigen von dem pädagogischen Auftrag, den auch Herr Rüsenberg von der CDU kurz angesprochen hat. Wir vergessen immer wieder, daß Kinder eben noch geprägt werden können. Hier sollte beispielsweise auch in den noch zu schaffenden Kindergärten mit mehr Kindergartenplätzen eine musisch-kulturelle Bildung stattfinden, die so nicht stattfindet. Die Pädagoginnen kommen ihrem Auftrag in überhaupt keiner Weise nach. Sie sind Verwalterinnen, Versorgerinnen von Kindern und können sich ihrer pädagogischen Aufgabe in überhaupt keiner Weise widmen.

(B) Dann kommen wir zu einem weiteren Punkt! Diese SPD-Mehrheitsfraktion, die sich immer wieder für die Gleichbehandlung von Mann und Frau ausspricht, hat es bisher nicht geschafft, die Tätigkeit einer Erzieherin, überhaupt des Erziehers, so attraktiv zu gestalten, daß wir heute auf ein Angebot von Frauen zurückgreifen könnten, die interessiert wären, in diesem Beruf weiterzuarbeiten. Diese Zahl ist weiter rückläufig. Die SPD hat es nicht geschafft, hier auch Erzieher zu interessieren, die in diesem Bereich vielleicht als Vorbilder ihren Dienst tun könnten. Das interessiert Sie überhaupt nicht. Ich frage mich, wie ernst Sie es mit der Gleichbehandlung von Mann und Frau nehmen; denn da fängt es mit der Vorbildsituation beispielsweise im Kindergarten an.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber das Frauenministerium wollen Sie abschaffen!)

- Dazu kommen wir gleich noch. Darauf gehe ich gern ein, ganz konkret!

Wenn wir des weiteren auf die Kindergartensituation und die Meldungen dazu abheben, ist das Resümee des Referentenentwurfs, den wir vor ein paar Tagen lesen konnten, doch nur dieses: Elternbeiträge werden unreflektiert nach oben geschraubt und die Kosten

(C)

ansonsten auf die Kommunen abgewälzt. So, meine Damen und Herren, kann es nicht gehen! Die Kommunen sind durch die von Ihnen vorgenommene Veränderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes stärker belastet und werden noch mehr für Kindergärten investieren müssen. Auf der anderen Seite bekommen sie weniger Geld. Dann wird der Rest, den Sie nicht unterbringen können, über Elternbeiträge abgetan.

Kommen Sie doch hier endlich zu einer flexibleren Lösung. Kommen Sie doch auch einmal dazu, andere Ideen aufzunehmen, wie beispielsweise die Förderung der Betriebskindergärten, aber auf eine andere Art und Weise, als bis jetzt von Ihnen vorgelegt. Ich denke mir, wenn Sie die Mittel, die Sie jetzt vorgelegt haben, auch noch weiter für die Förderung von Betriebskindergärten streuen würden, könnten wir insgesamt noch mehr Kindergartenplätze in sehr schneller Zeit bekommen, als das jetzt der Fall ist.

Auch denken Sie nicht daran, beispielsweise Kinderbetreuung auf Tagesmütter auszudehnen. Das steht für Sie überhaupt nicht zur Diskussion. Es steht für Sie nicht zur Diskussion, Richtlinien, Verordnungen so zu verändern, daß viel schneller Kindergärten eingerichtet werden können, Kinderbetreuung beispielsweise auch in einem Privathaus stattfinden kann. Sie sind nicht bereit, hier Planstellen entsprechend vorzuhalten, um eine optimale Betreuung der Kinder zu gewährleisten. (D)

Es geht weiter mit der Raumaufteilung, es geht weiter mit den Verordnungen, wie hoch Kleiderhaken zu sein haben etc. Wenn man dann hört, daß der Landschaftsverband einen Betriebskindergarten schließen will, weil ein Garderobenhaken 5 cm zu hoch angebracht ist, dann frage ich mich: In welchem Land leben wir, das es sich leisten kann, so zu verfahren?

Also, wo ist das soziale Gewissen der Sozialdemokraten? Ich denke, es ist auch hier ein schlechtes Gewissen.

Meine Damen und Herren! Die F.D.P. ist entschlossen, auf Bundesebene eine Initiative einzubringen, die die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten erheblich erweitert, und nicht nur zu dem Punkt, daß die jährlichen Beträge von 12 000 DM auf 18 000 DM erhöht werden, wie in der Koalitionsver-

(A) (Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]

einbarung festgeschrieben, sondern daß auch hier Familien berücksichtigt werden, die nicht zwei Kinder, sondern ein Kind haben, und dies dann nicht bis zum zehnten Lebensjahr, sondern das kann dann bis zum 14. Lebensjahr betreut werden. Dies ist dann steuerlich abzugsfähig.

Auf der anderen Seite müssen wir auch die Kosten für Kinderbetreuungseinrichtungen bei Unternehmen als Betriebskosten steuerlich abzugsfähig machen. Nur dann, meine ich, schaffen wir auch neue Möglichkeiten der Finanzierung von Kindertagesstätten, Kinderbetreuungseinrichtungen, die hier eine breitere Palette von Möglichkeiten zur freien Entscheidung der Familien erhalten.

Kommen wir noch zum Bereich der Jugendhilfe/Familienarbeit. Wie gut, daß es das Kinder- und Jugendhilfegesetz seit dem 1. Januar 1991 gibt. Es scheint mir hier doch einiges festzuschreiben, um einigen Kommunen, die der Jugendhilfe, der Jugendarbeit insgesamt, sehr viel Bedeutung beimessen, entgegenzukommen und weitere Möglichkeiten offenzuhalten. Ich meine nur: Wenn wir die Kinderbetreuung in der sich verändernden Gesellschaft nicht in den Griff bekommen, werden wir viele weitere Problemfälle haben, die wir natürlich im Augenblick versuchen müssen in den Griff zu bekommen. Wir haben eine besondere Gefährdung durch die besonderen Familienstrukturen. Deshalb ist es sehr, sehr wichtig, eine vorbeugende Jugendhilfe vorzuhalten.

(B)

Wir sind gegen eine landeseinheitliche Jugendpolitik. Wir sind dafür, die Kreativität von Jugendlichen zu fördern. Das kann aber alles nur laufen, wenn es eine offene Jugendarbeit gibt. Die Träger müssen sicherlich mittel- und langfristig angesprochen werden, hier zu einer anderen Haltung zu kommen. Sie sind zu statisch, müssen sicherlich flexibler werden. Ich meine, hier müssen wir auch einen runden Tisch einführen, um vielleicht zu neuen Vorstellungen zu kommen.

Meine Damen und Herren! Es sind viele Sparvorschläge gemacht worden. Ich meine, daß die Vorlage der Landesregierung und auch der Mehrheitsfraktion sehr klar den Eindruck zuläßt, daß hier eine SPD-Klientelpolitik gemacht wird. Schwerpunkte, die für das Land Nordrhein-Westfalen wichtig wären, sind nicht gesetzt worden. Man kann diesen Erhöhungsan-

(C)

trägen, so gerne man sicherlich dem einen oder anderen zustimmen würde, nicht zustimmen, weil das Gesamtbild einfach zu schief ist.

Bei den CDU-Anträgen vermisste ich die Finanzierung, die Deckungsvorschläge, und insofern ist dieses sicherlich auch nicht so mit einem Ja zu unterstützen.

Wir werden dem Einzelplan 07 nicht zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke der Kollegin Witteler-Koch.

Meine Damen und Herren! Bevor ich nun der Kollegin Frau Hürten das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, daß wir bei knapper Inanspruchnahme der vorgesehenen Redezeiten und der zu verhandelnden Einzelpläne jetzt etwa noch rund siebeneinhalb Stunden vor uns haben. Vielleicht bedenken Sie das mit für alles das, was jetzt noch kommt.

Bitte schön, Frau Kollegin Hürten.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! (D) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ridder-Melchers will Frauenpolitik in alle Bereiche, in alle anderen Ministerien tragen. Am Haushalt des Herrn Ministers Heinemann will ich schlaglichtartig prüfen, inwieweit ihr das gelungen ist.

Ich spreche zunächst über ein Thema, dessen wirklich ungenügende Berücksichtigung im Haushalt mich bedrückt: Frauen und Arbeitsmarkt. Ich will Ihnen kurz einige Anhaltspunkte für die derzeitige Situation geben.

Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen nahm 1990 merklich zu, so formulierte es das Landesarbeitsamt. Frauen sind, bezogen auf ihren Anteil an den Erwerbstätigen, wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Etwa 8 500 Frauen bekamen 1990 eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, eine sogenannte ABM-Stelle. Damit stieg ihr Anteil an der Vermittlung von ABM-Kräften erheblich. Gleichzeitig sank aber die Zahl der ABM-Stellen überhaupt.

(A) (Abgeordnete Hürten [GRÜNE])

Daraus läßt sich folgern: Frauen haben die Förderung auf dem Arbeitsmarkt wesentlich nötiger als Männer. Frauen werden bei schlechter Konjunktur leichter gefeuert, bei guter nicht so schnell oder gar nicht wieder eingestellt. Der Abbau von Frauenerwerbslosigkeit ergibt sich keineswegs mit Verbesserung der Konjunkturlage, er muß vielmehr ganz gezielt durch aktive Politik des Landes und mit Mitteln des Arbeitsamtes bewirkt werden.

Die Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen aber, über die wir heute zu beraten haben, werden - geht es nach dem Willen der SPD - nicht gemäß der Notwendigkeit steigen. Sie werden noch nicht einmal so stark steigen, wie es der Minister selber ursprünglich für notwendig hielt. Die ursprünglichen Haushaltsansätze im Bereich der Mittel gegen Erwerbslosigkeit wurden von der SPD um insgesamt knapp 10 Millionen DM gekürzt. 10 Millionen DM werden gerade für diejenigen weniger zur Verfügung stehen, die am Rande des Abgrunds stehen, deren soziale Sicherheit akut gefährdet ist. Es sind dies Sozialhilfeempfängerinnen, die von den Ansatzkürzungen der Titelgruppe 72 betroffen sind. Es sind dies bei der Titelgruppe 60 Ausländerinnen und Ausländer, die wohl lieber abgeschoben werden sollen.

(B) Durch die Minderansätze der Titelgruppen 62, 64 und 65 sind Frauen betroffen, die sich beruflich qualifizieren müssen, um den Anschluß nicht zu verpassen, oder die nach einer Kinderphase wieder erwerbstätig werden müssen und wollen. Die Mittelkürzungen bei den Titelgruppen 64 und 70 treffen arbeitslose Jugendliche, vor allem die besonders häufig erwerbslosen Mädchen. Mit den Ansatzminderungen der Titelgruppe 73 bleiben für besondere Problemgruppen des Arbeitsmarkts gerade 500 000 DM übrig.

Die Sozialdemokratie nimmt immer noch für sich in Anspruch, sich an den Interessen der Arbeitenden zu orientieren. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hat kürzlich der Presse verkündet, sie wolle sich weiterhin stark im Bereich beruflicher Wiedereingliederung von Frauen engagieren. Die SPD-Mitglieder im Frauenausschuß des Landtags lassen keine Gelegenheit aus, dasselbe zu betonen. Aber was ist die Wirklichkeit? - Dieses blamable Sparprogramm auf Kosten erwerbsloser Frauen!

(C)

Da hilft es auch nicht, bei bestimmten Ansätzen die Formulierung "vorrangig für Frauen" oder ähnlich grammatischen Schnickschnack zu beantragen, wie es die SPD im Frauenausschuß tat. Da hilft es auch nicht, hier 400 000 DM zu geben und dort 400 000 DM zu streichen, wie es die SPD im Sozialausschuß tat. Wir GRÜNEN finden eine solche Politik frauenpolitisch unverantwortlich und außerdem volkswirtschaftlich unsinnig;

(Beifall bei den GRÜNEN)

schließlich belasten Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger/-innen auf der einen Seite den öffentlichen Haushalt, auf der anderen Seite könnten sie bei gezielter Förderung ihren Lebensunterhalt erarbeiten und gleichzeitig gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten. Wir fordern deshalb die Landesregierung und die SPD dringend auf, wenigstens die alten Ansätze, wo sie gekürzt werden sollen, zu verwirklichen.

Die GRÜNEN haben verschiedene Anträge zu diesem Bereich in die Ausschußberatungen zum Landeshaushalt 1991 eingebracht, z. B. zu ergänzender Forderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Forderung nach einem Berufsbildungszentrum für Frauen. Beide Anträge fanden keine Unterstützung. **(D)** Wir stellen sie heute nicht noch einmal, sondern wollen im kommenden Jahr verstärkt die inhaltliche Diskussion über diese Problemfelder suchen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nun auf einen Haushaltsposten lenken, der nur eine relativ kleine Ausgabe vorsieht - es geht um einen Betrag unter einer halben Million -, der für die Betroffenen aber von herausragender Bedeutung ist.

Es geht um eine Zufluchtsstätte für sexuell mißbrauchte Mädchen. Sie finden den Posten in Kapitel 57 innerhalb der Titelgruppe 63. Dort sind 200 000 DM einmal für einen freien Träger, einmal für einen öffentlichen Träger ausgewiesen. Ich begrüße die Ausweisung dieses Titels ausdrücklich. Sie zeigt, daß die Landesregierung das Problem des sexuellen Mißbrauchs erkannt hat. Ich kritisiere aber ebenso nachdrücklich die Höhe der veranschlagten

(A) (Abgeordnete Hürten [GRÜNE])

Mittel und die Verteilung auf zwei verschiedene Träger. Der entsprechende Antrag dazu liegt vor.

Sexueller Mißbrauch - dieses Thema wird in der Öffentlichkeit stets mit einem lüsternden und mit einem nachdenklichen Auge betrachtet. "Lolita, die kleine Verführerin" spukt ebenso in den Köpfen wie der brutale Vergewaltiger, der mit zivilisierten Männern natürlich nichts zu tun hat. Aufgeklärte wissen, daß beide Klischees mit den alltäglichen Übergriffen nichts zu tun haben. Jedes dritte Mädchen, so schätzen Fachleute, wird in seiner Jugend sexuell mißbraucht, genötigt, vergewaltigt. Sehen Sie sich um! Auch in diesem Auditorium war statistisch jede dritte Frau betroffen und natürlich jeder dritte Mann ein Täter.

Kennen Sie irgendeine Möglichkeit für ein betroffenes Mädchen, irgendwo unterzukommen, wo es verstanden wird, wo Frau ihm hilft? Eine Stelle, die dafür sorgt, daß der Vater oder Onkel auszieht, daß die Mutter Unterhalt bekommt oder daß es selbst einen Wohngruppenplatz bekommt; einen Unterschlupf, in dem es vor dem Zugriff des Täters geschützt ist und sich vorerst nicht um Haushalt oder Geld zu kümmern braucht; eine Wohnmöglichkeit, wo es nicht mit Jungen oder Mädchen, die andere Probleme haben, in Kontakt gerät? - Sie kennen keine - auch ich kenne keine. So etwas gibt es bisher nicht. Mädchen, die ihrem Schänder, mit dem sie zusammenwohnen, entfliehen wollen, sind von Gott oder allen guten Geistern verlassen.

(B)

Das Konzept einer Zufluchtsstätte, die die "Mädchenhausinitiative Bielefeld" entwickelt hat, setzt genau hier an. Für diese Mädchen soll eine Art "Kurhaus" geschaffen werden, eine Erholmöglichkeit für drei Monate. In diesem Vierteljahr überlegen Berater/-innen aller Art zusammen mit den Jugendlichen, wie es weitergehen kann und soll. Sie bieten Gestalttherapie und körperorientierte Therapie an, denn oft leiden Mädchen, deren Körper jahrelang mißbraucht wurde, unter einer Zerstörung ihres Körpergefühls. Hilfen dagegen werden bisher von keiner Krankenkasse, von keinem Jugendamt bezahlt.

Die Verwirklichung dieses Konzepts würde 450 000 DM Landesmittel mehr als bisher veranschlagt kosten. Die Initiative hat bereits die feste Zusage des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, der

(C)

480 000 DM geben würde. Die Kommune hat sich aber verweigert, weil die Mittel der Gemeinde zu gering sind.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Die haben eine CDU-Mehrheit!)

Das Land verweigert diese Mehrkosten mit einer, wie ich finde, menschenverachtenden, bürokratischen Begründung: Wenn die Stadt kein Geld gebe, gebe auch das Land keins. So votierte die SPD im Frauenausschuß. Gleichzeitig hieß es, daß das Konzept förderungswürdig sei; hier müsse dringend etwas passieren.

Ich stelle fest: Die SPD opfert die Interessen mißbraucher Mädchen dem parteipolitischen Kalkül. Sie, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, wissen, daß das Konzept gestorben ist, wenn die Landesmittel nicht ausreichen. Sie wissen, daß es dann keine Zufluchtsstätte geben wird. Sie nehmen das leichtfertig in Kauf, um der Ratsmehrheit konservativer Couleur in Bielefeld eins auszuwischen.

(Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

Und kommen Sie mir nicht mit dem Argument, Zufluchtsstätten seien keine kommunale Sache! Es gibt da überhaupt keinen Präzedenzfall. Wenn Sie wirklich wollten, könnten Sie das Ganze als Modellprojekt deklarieren und während dessen Laufzeit die Stadt Bielefeld massiv bearbeiten. Wenn Sie wirklich wollten!

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Bielefelder Konzept ist das einzige, das von der Fachöffentlichkeit einhellig anerkannt wurde. Auch die Beamten Ihres Ministeriums, Herr Heinemann, befürworten es. Es gibt sogar eine schriftliche Aussage Ihres Staatssekretärs Bodenbender.

Für den öffentlichen Träger, den Sie parallel fördern wollen, ist noch nicht einmal ein Name im Gespräch, geschweige denn ein Konzept. Ich will Ihnen einmal sagen, was hier abläuft:

Ein Frauenverein erstellt in monatelanger, ja jahrelanger ehrenamtlicher Arbeit mit Hilfe ausführlicher Diskussionen ein Konzept und legt es dem Ministe-

(A) (Abgeordnete Hürten [GRÜNE])

rium vor. Von dort wandert das Papier zu irgendwelchen Spezis weiter, die gern die Ideen anderer abschreiben und dafür auch noch Geld absahnen wollen. Das ist nicht nur unmoralisch, das ist auch sozialpolitisch sinnlos. Was soll das Gegeneinander eines öffentlichen und eines freien Trägers? Wollen Sie nur sehen, wer es billiger hinkriegt? Oder wollen Sie dem mißtrauisch beäugten Frauenverein einen männlichen Kontrolleur an die Seite stellen?

Meine Fraktion beantragt, die nötigen Mittel in Höhe von zusätzlichen 450 000 DM im Haushalt zu veranschlagen und die 200 000 DM, die für den öffentlichen Träger ausgewiesen sind, der Bielefelder Mädchenhausinitiative zur Verfügung zu stellen. Wer mißbrauchten Mädchen wirklich das Angebot einer Zufluchtsstätte machen will, sollte bitte zustimmen.

Auf einen weiteren Antrag möchte ich kurz Ihre Aufmerksamkeit lenken. Wir beantragen 600 000 DM zur Einrichtung einer "Telefonischen Beratungsstelle Frauenhandel".

Stellen Sie sich vor, Sie sind Philippinin, über einen Frauenhändler an einen deutschen Mann oder sogar an ein Strip-Lokal verschachert worden, sprechen kaum Deutsch und sind in Ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Sie leben beispielsweise in Aachen. Glauben Sie, daß in dieser Situation eine Beratungsstelle in Herne etwas nutzen könnte? Wir sind der Meinung, daß eine Telefonberatung, die aus dem ganzen Land zum Ortstarif zu erreichen ist und in der Fachfrauen, beispielsweise Juristinnen, und Frauen, die die Sprachen der Hauptherkunftsländer sprechen, hier sehr hilfreich sein kann. Bundesratsinitiativen zur Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen sind das eine, praktische Hilfen vor Ort das andere. Wenn Sie auch praktisch helfen wollen, stimmen Sie bitte unseren Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Danke schön! - Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Gregull das Wort.

Abgeordneter Gregull (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte

in vier Punkten zu dem Haushaltsplan Jugend, Familie und Kinder Stellung nehmen.

Der erste Punkt ist die Feststellung: Die Jugend- und Familienpolitik der SPD-Landesregierung gefährdet Einrichtungen und Dienste in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte das an drei Punkten festmachen.

Erstens: In 10 Positionen, insbesondere im Landesjugendplan, werden die tariflichen Erhöhungen, die für die Träger von Bedeutung sind, von der Landesregierung und der Mehrheit nicht nachvollzogen. Das heißt, unsere Anträge in Höhe von 6 Millionen DM auf der Basis von 5 %igen Lohn- und Gehaltserhöhungen wurden abgelehnt. Fazit: Die Träger können sehen, wo sie mit der zusätzlichen Belastung bleiben.

Zweitens: Die Bausubstanz von Familienbildungsstätten und Familienerholungsheimen ist beängstigend. Die Funktionsfähigkeit der Häuser ist gefährdet. Unser Antrag, dafür 2 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt.

Drittens: Das Sonderurlaubsgesetz ist dafür gedacht, daß Jugendverbände ehrenamtliche jugendliche Mitarbeiter für Freizeitmaßnahmen gewinnen können. Die Praxis hat gezeigt, daß hier das Geld nicht ausreicht. Unser Antrag, 500 000 DM zusätzlich bereitzustellen, ist von der Mehrheit abgelehnt worden. **(D)**

Zweiter Punkt: Die Landesregierung und die SPD stehlen sich aus der unbequemen Verantwortung. Zwei Beispiele! In der offenen Jugendarbeit: Als die Anträge auf Aufnahme und Bezuschussung zusätzlicher Einrichtungen immer drängender wurden, hat das die SPD veranlaßt vorzuschlagen, diese Angelegenheit zu kommunalisieren. Das gleiche Spiel zeigt sich jetzt bei dem Problem der Kindergartenpolitik. Auch hier wird die Verantwortung und damit der Ärger auf die Kommunen abgewälzt. Wir halten das für eine falsche Politik.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen. Sie wird nach wie vor von der SPD-Landesregierung vernachlässigt. Wir haben diesmal darauf verzichtet, das Erziehungsgeld des Landes einzufordern. Aber die Landesregierung bzw. die SPD-Mehrheit haben es auch abgelehnt, 2 Millionen DM an Verwaltungskosten für die Stiftung "Familie in Not" zur Verfügung

(C)

(A) (Abgeordneter Gregull [CDU])

zu stellen. Dies hätte den freien Trägern, die diese Aufgaben wahrnehmen, und damit unseren Frauen und den nicht geborenen Kindern wirksam helfen können.

In diesem Bereich ist außerdem die Kinderbetreuung in der Familienbildung kritisch anzusprechen. Diese Kinderbetreuung ist in den Einrichtungen der Familienbildung in keiner Weise ausreichend gesichert und wird nicht ausreichend gefördert. Ein Erhöhungsantrag von bescheidenen 500 000 DM wurde abgelehnt.

Wir haben dann vorgeschlagen, in Anbetracht des gravierenden Mangels an Kindertageseinrichtungen, an Plätzen im Bereich der Kindergärten der unter Dreijährigen und Hortplätze eine Förderung von Beratungsstellen für Pflegefamilien und Tagespflegefamilien einzurichten. Der Antrag ging auf 1 Million DM. Das Fazit: Die Mehrheit hat diesen Antrag abgelehnt.

Ich komme zum vierten Komplex, bei dem ich noch einmal auf das Kindergarten- und Kindertagesstätten-gesetz eingehen möchte. Hier muß ich feststellen: Der Referentenentwurf verheißt nichts Gutes. Zum einen stelle ich dazu fest: Die Behauptung, Nordrhein-Westfalen nehme in diesem Bereich eine Spitzenposition ein, ist falsch. Es steht eindeutig fest, daß beispielsweise in Rheinland-Pfalz für 95 % aller Kinder Kindergartenplätze zur Verfügung stehen.

Zweitens: Der gesetzliche Anspruch wird in dem Referentenentwurf nicht formuliert. Dagegen hat der Landtag von Rheinland-Pfalz diesen gesetzlichen Anspruch formuliert, und zwar mit der Maßgabe, daß er am 1. August 1993 wirksam wird. Ich halte diese Zielvorgabe für eine gute Lösung. Wir sollten bei der Beratung des Gesetzes darauf eingehen und diese Möglichkeit auch für Nordrhein-Westfalen ins Auge fassen.

Drittens: Der Referentenentwurf gefährdet nach meiner Auffassung die Eigenständigkeit der freien Träger. Wenn die Elternbeiträge künftig über die Jugendämter eingezogen werden sollen, hört sich das zunächst recht bequem an. Aber in Wirklichkeit ist es ja so, daß die Identifikation der Eltern mit ihrer Einrichtung dadurch geschwächt wird, und das kann auf Dauer nicht gut sein.

(C)

Nächster Punkt: die flexiblen Öffnungszeiten. Ich habe die Sorge, daß bei der Gestaltung der flexiblen Öffnungszeiten die Grundbedürfnisse der Kinder nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ich halte es für unmöglich, wenn morgens um 6 der Kindergarten geöffnet und um 18.00 Uhr wieder geschlossen wird, daß dann Kinder von drei oder vier Jahren den ganzen Tag in dieser Einrichtung sind. Das kann nicht dem Grundinteresse der Kinder entsprechen. Wir werden darauf achten, daß hier keine gravierenden Fehler vollzogen werden.

Die Forderung, die wir aufstellen und die in unserem Eckpunkte-Programm steht, nämlich die zusätzliche Förderung auch von Tagesstättenplätzen und von Pflegekinderplätzen durch Landesförderung durchzuführen, ist nicht aufgenommen worden.

Meine Damen und Herren, bei all den Programmen, die hier diskutiert worden sind, steht doch eines sicher fest: Der Bedarf an Kindergartenplätzen besteht heute und nicht erst in fünf oder sechs Jahren. Deswegen müssen wir überlegen, was wir in diesem Bereich kurzfristig tun können.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Garbe? (D)

Abgeordneter Gregull (CDU): Nein, wir wollen die Sache nicht in die Länge ziehen.

Ich komme zur Schlußbemerkung. Kindergartenpädagogik, meine Damen und Herren, ist ein Wert an sich. Sie gehört zum Elementarbereich des Bildungssystems. Deshalb müßte der Besuch des Kindergartens eigentlich beitragsfrei sein. Aber die desolante Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen hat uns veranlaßt, eine solche Forderung nicht direkt zu stellen. In dem Referentenentwurf aber ist eine Erhöhung in einem Maße vorgesehen, das wir für einen Schritt in die falsche Richtung halten.

(Beifall bei der CDU)

Diese Erhöhung schreckt vom Kindergartenbesuch ab. Das kann nicht in unserem Interesse liegen. Wir sollten - das geht besonders an Sie, Herr Minister

(A) (Abgeordneter Gregull [CDU])

Heinemann - die Neidpolitik und den Klassenkampf aus den Kindergärten heraushalten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Heinemann das Wort.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Frau Präsidentin! Ich bedanke mich, daß ich das Wort als sogenannter Klassenkämpfer in den Kindergärten habe. Herr Gregull, Ihr Diskussionsbeitrag - da gibt es noch viele andere - hat mir bewiesen, wie wenig Sie bereit sind, zu lesen oder sich mit der eigentlichen Frage zu beschäftigen, bevor Sie hier reden; denn keiner von uns im Hause - auch ich nicht - ist für Öffnung des Kindergartens ab 6 Uhr morgens. Das ist nur eine Ausnahme. Wir belassen diese Entscheidungen vor Ort.

Frau Witteler-Koch, ich gebe Ihnen recht: Das ist eine eigenartige Debatte mit vielen Falschbehauptungen - und das vor dem Hintergrund, daß Sie sich im Ausschuß geweigert haben mitzuarbeiten und hier eine lange Rede mit allen möglichen Beschuldigungen halten.

(B)

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Dies gilt nicht nur für den Sozialausschuß, sondern auch den Frauenausschuß!)

Sie hätten sich durch Ihre Mitarbeit im Ausschuß manche Informationen holen können, die Sie dann sicherlich auch beeinflußt hätten, nicht das eine oder andere Falsche zu sagen. Übrigens war ich der einzige - um nur ein Beispiel zu nennen, wenn Sie schon von den kleinlichen Vorschriften bezüglich der Nägel, Schrauben und Aufhänger sprechen -, der kostengünstige Maßnahmen eingeführt und derartige kleinliche Vorschriften abgeschafft hat. Das nehmen Sie bis heute nicht zur Kenntnis.

Wenn ich viele Redner der CDU und der F.D.P. sehe, denen ich etliche Stunden sehr gut zugehört habe, muß ich Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Aus Ihren Diskussionsbeiträgen konnte man so richtig entnehmen, wie Ihnen das

(C)

Wasser schon bis zum Halse steht und wie groß Ihre Sorgen sind, daß Sie bei der Bevölkerung überhaupt keinen Kredit mehr haben.

Ich war übrigens in diesen Tagen in Dresden.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

- Sie schütteln so mit dem Kopf, Frau Hieronymi. - In Dresden fragte mich ein Bürger, ob ich den Unterschied zwischen der CDU/CSU und der F.D.P.-Regierung und einer Telefonzelle kennen würde. Ich habe es nicht gewußt. Sie wissen es vielleicht auch nicht: In der Telefonzelle muß man erst zahlen und dann wählen!

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Herrn Arentz das siebte Mal heute in den Haushaltsberatungen erlebt - immer mit der gleichen Methode:

(Zurufe von der CDU)

mit getürkten Zahlen,

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Unverschämtheit!)

(D)

mit immer neuen Forderungen; gleichzeitig macht er keine oder unseriöse Deckungsvorschläge.

Herr Arentz, Sie haben vom Dreisatz und von der Mengenlehre gesprochen. Man kann mit dem Dreisatz und der Mengenlehre die Problematik nicht lösen, wenn ich neue Forderungen an das Land stelle, weniger Kredite aufnehmen soll und überhaupt die Einnahmemöglichkeiten gekürzt bekomme. Ihre Methode ist: ohne Vorschläge der Deckung immer etwas Neues zu beantragen!

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach schwierigen Haushaltsberatungen können wir aber heute feststellen: Auch der Sozialhaushalt 1991 unseres Landes bleibt ein Dokument der sozialen Verantwortung. Trotz allen Geredes der Opposition: Wir bleiben in Nordrhein-Westfalen auf sozialem Kurs - trotz enger gewordener Rahmenbedingungen.

(A) (Minister Heinemann)

Frau Hieronymi, Sie haben heute morgen die Frage gestellt: Wo ist Nordrhein-Westfalen denn die Nummer 1? In meinem Bereich, in vielen Bereichen, bei den Sozialberatungsstellen, wenn ich an die Beschäftigung Schwerbehinderter denke; an zweiter Stelle im Ländervergleich, weit über Landesdurchschnitt, wenn ich an Betriebskostenzuschüsse für Tageseinrichtungen für Kinder, wenn ich an die Betriebskostenzuschüsse mit 1 211 DM pro Kopf denke; andere Länder gehen bis auf 110 DM herunter. Wenn ich an die Erziehungsberatungsstellen denke oder auch an die offene Jugendarbeit - ich könnte das noch weiter fortführen -, auch in der Jugendverbandsarbeit weist Nordrhein-Westfalen die höchste Pro-Kopf-Förderung auf. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

Auf eines bin ich in diesem Zusammenhang ganz besonders stolz: Als in Bonn die größten Abgaben- und Steuererhöhungen in der Geschichte der Bundesrepublik verkündet wurden, haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch das Signal der Sozialverträglichkeit ausgegeben. Meine Damen und Herren! Sie können doch nicht bestreiten, daß diese Steuerpolitik, die Sie in Bonn gemacht haben, den kleinen Mann trifft und daß Sie denjenigen noch etwas hinzugeben, die am wenigsten Geld benötigen. Das ist Ihre Politik: Sie schonen die Großen; der Malocher bei Krupp und bei Hoesch muß noch höhere Abgaben und Steuern zahlen, damit Gloria von Thurn und Taxis im Jahr 20 bis 25 Millionen DM zugeschoben bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Ihre Politik, und Sie, Herr Arentz, stellen sich hier als Pharisäer in den Raum und erheben Forderungen, ohne etwas dazu zu tun.

(Zurufe von allen Seiten - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich frage: Ist das denn überhaupt noch ein Stück Gerechtigkeit, wenn Sie Ihr Dienstmädchenprinzip als Ihr einziges beschäftigungspolitisches Programm in den Raum stellen oder den Kinderfreibetrag, um nur einiges zu nennen?

Die Sozialpolitik wird bei uns in der Substanz gesichert. In den zentralen Bereichen treiben wir sie ein großes Stück nach vorn, damit Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland

(C)

bleibt. Das können Sie nicht wegreden. Unsere Zielsetzung ist zu verhindern, daß die verfehlte Bonner Sozialpolitik noch zusätzlich auf dem Rücken unserer Menschen ausgetragen wird. Dabei ist klar: Bei Einsparungen von weiteren 1,4 Milliarden DM, die wir durch die Kosten der Einheit in den letzten Wochen aufbringen mußten, konnte auch der Sozialhaushalt nicht unbelastet bleiben. Das sagen wir in Offenheit. Auch wenn wir davon überzeugt sind, daß diese Bundesregierung durch Nichtstun, Verschleierung und Schönrederei großen sozialpolitischen Schaden im Osten Deutschlands angerichtet hat, stehen wir zu unserer Solidarität mit den neuen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD)

Wir tun dies bereits seit langem ganz besonders gegenüber unserem Partnerland Brandenburg, und wir werden das auch in der Zukunft tun; da lassen wir uns gar nicht in irgendeine Ecke schieben.

Uns war dabei aber wichtig, soziale Gruppen in Ost- und Westdeutschland nicht gegeneinander auszuspielen, etwa alte Menschen auf eine berechnete menschenwürdige Pflege, kinderreiche Familien auf neue Kindergartenplätze zu vertrösten, weil dafür jetzt kein Geld vorhanden sei - das wäre eine schlechte Rechnung für den Sozialstaat. Damit würde auch der Weg in die soziale Einheit vernagelt.

(D)

Wir lassen uns deshalb von niemandem zu Erfüllungsgehilfen des Sozialkahlchlags hier im Lande machen. Deswegen haben wir in Düsseldorf auch Wort gehalten, zum Beispiel gegenüber den älteren Menschen, gegenüber unseren Familien. Ich sage dies gerade in diesen Tagen besonders deutlich.

Meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., des Wortbruchs und der Lüge können Sie diese Landesregierung und die SPD-Fraktion hier im Landtag nicht bezichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Herren Kohl, Lambsdorff und Waigel haben hier einen sehr großen Nachholbedarf.

Ich sage noch einmal, was ich hier schon vor einiger Zeit ausgeführt habe: Wenn das Sprichwort "Lügen haben kurze Beine" Bestand hat, dann können Herr

(A) (Minister Heinemann)

Kohl, Herr Waigel und Graf Lambsdorff unter dem Küchentisch Stabhochsprung machen oder vom Küchentisch mit dem Fallschirm springen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Klose stellt sich hier hin und erweckt den Eindruck, als hätten Sie sich geirrt. Sie haben sich vor dem 2. Dezember nicht geirrt, Sie haben bewußt gehandelt, um die Macht für sich zu erhalten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Ich habe nicht vergessen, wie Sie Herrn Romberg verhöhnt, verspottet haben, als er 90 Milliarden DM als notwendige Forderung in den Raum gestellt hat. Er wurde entlassen, weil das nicht in Ihr Konzept paßte, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und F.D.P. Heute wären wir froh, wenn wir mit 90 Milliarden DM überhaupt hinkämen.

Sie haben Vertrauensverlust bei den Menschen in Ost- und Westdeutschland erzeugt. Wir sind ein Parteienstaat. Wir leben vom Vertrauen der Parteien. Für mich steht nicht an erster Stelle meine Partei, sondern die Demokratie.

(B)

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe bei CDU und F.D.P.)

- Ihre Reaktion beweist mir, daß Sie sich das überhaupt nicht vorstellen können. Das ist Ihr Politikverständnis.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben der Demokratie einen großen Schaden zugefügt. Ein solches Verhalten des Bundeskanzlers, der Bundesregierung ist ein Risiko für die Demokratie in unserem Lande, in den neuen fünf Ländern.

(Beifall bei der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Sie sollten nicht lachen. Wenn Sie die Berichterstattung aus den neuen fünf Ländern hören, werden Sie feststellen, daß Demokratieverdrossenheit dort schon weit fortgeschritten ist. Sie sollten bei diesem Thema

(C)

wirklich mit ein bißchen mehr Ernst bei der Sache sein. Aber mir scheint, Ihnen geht es nur um Machterhalt, und bei allem anderen mangelt es bei Ihnen. Wir dagegen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Glaubwürdigkeit in der Politik.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Arentz?

(Minister Heinemann: Ja!)

- Bitte schön, Herr Arentz.

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Minister Heinemann, können wir damit rechnen, daß Sie im Zuge Ihrer Ausführungen noch einmal das Stammtischniveau verlassen und zum Haushalt zurückkehren?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Arentz, ich will mich nicht auf Ihr Niveau begeben; das habe ich in meiner gesamten Rede nicht getan, und das werde ich auch bei meinen restlichen Ausführungen nicht tun.

(D)

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Drei Bereiche werden von uns spürbar ausgebaut. An dieser Stelle möchte ich ganz herzlich den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion danken,

(Oh-Rufe bei der CDU)

die mit uns gemeinsam in großer Anstrengung die Politik der sozialen Gewichtung vorangetrieben haben.

Als erstes nenne ich die Altenpolitik. Während die Bundesregierung erneut die längst überfällige Pflegeversicherung auf die lange Bank geschoben hat, bekommen wir nun einen breiten Einstieg in die Hilfe für alte Menschen. Allein in meinem Hause werden 1991 145,78 Millionen DM an Barmitteln und 201,8 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen

(A) (Minister Heinemann)

zur Verfügung stehen. Gegenüber 1990 ist dies insgesamt eine Erhöhung um rund 154,8 Millionen DM.

Im einzelnen heißt das zum Beispiel: Gegenüber 1990 erhöhen wir die Mittel im ambulanten Bereich um 4,4 Millionen DM auf 34 Millionen DM; das ist eine Steigerung von 14,9 %. Bei der Förderung von Tages-, Kurzzeit- und Altenheimplätzen bekommen wir sogar eine Steigerung von 30,5 auf jetzt 71 Millionen DM. Auch die Mittel für die Fachseminare zur Alten- und Familienpflege werden um 5,24 Millionen DM auf jetzt 27,64 Millionen DM deutlich erhöht.

Wir haben ein Solidarpaket für alte Menschen geschnürt, das von der Altenselbsthilfe, der Altenerholung, der Förderung der Alterswissenschaften, der Wohnanpassungshilfe bis hin zum Ausbau der Kurzzeit-, Tages- und Dauerpflegeplätze notwendige Mittel bereitstellt. Damit hat Nordrhein-Westfalen einen großen und vorbildlichen Schritt in eine zukunftsweisende Altenpolitik getan.

Es wird immer wieder gefordert, wir sollten auch noch die Ausbildungsvergütung aus dem Landeshaushalt zahlen - wieder eine Ihrer Forderungen. Ich werde das nicht tun. Lohn- und Gehaltskosten sind Sache der Träger, Ausbildungsvergütung ebenso. Meine Damen und Herren, ich wäre schon ein Stück weiter, wenn beim Landschaftsverband Rheinland zumindest gleiche Vernunft vorhanden wäre wie beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe und bei den Trägern, die mit mir einer Meinung sind, daß in einem Verfahren, das dem in Hessen oder Baden-Württemberg gleicht, auch hier die Mittel hereingeholt werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Bereich betrifft unsere Politik für Kinder. Mit den Haushaltsmitteln 1991 werden wir 27 000 neue Kindergartenplätze fördern. Dieser Ausbau ist sozialpolitisch dringend geboten, um dem gewachsenen Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten zu entsprechen. Dabei denken wir auch an familienpolitische Hilfen zum Beispiel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für Frauen. Wir werden einen Rechtsanspruch für die Kinder von null bis drei Jahren und für die sechs- bis 14jährigen schaffen.

(C)

Ich bin froh darüber, daß Herr Rösenberg und andere Rheinland-Pfalz hier als Musterlände hingestellt haben. Was Rheinland-Pfalz macht, kann ich auch.

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Dann machen Sie es doch!)

- Ja, natürlich. Dann hören Sie aber doch auch einmal zu. Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden. Sonst würden Sie sich hier nicht so verhalten.

(Beifall bei der SPD)

Rheinland-Pfalz hat den Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze beschlossen. Rheinland-Pfalz gibt als Land null DM an Investitionskostenzuschüssen. Die Leistungen sind von den Kommunen zu erbringen. Dieses ist ein kommunalfeindlicher Beschluß der Mehrheit des Landtages von Rheinland-Pfalz.

Wenn Sie das wollen, Herr Professor, dann werden wir den Kommunen auf Ihren Wunsch hin sagen, daß wir die Investitionskosten zukünftig streichen und sie dafür verpflichtet, für eine hundertprozentige Deckung der Kindergartenplätze zu sorgen. Wenn das Ihr Wunsch ist, dann sagen Sie das deutlich. Aber Ihrer Reaktion entnehme ich, daß es so ist, daß Sie sagen, die Kommunen sollen das gefälligst alles aus eigenen Mitteln finanzieren.

(D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für 60 % der Eltern ändern sich die Kindergartenbeiträge nicht. Ich halte es auch für ein Stück Solidarität, daß derjenige, der gut oder viel verdient, etwas mehr zahlt als derjenige, der ein geringes Einkommen hat.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, darf ich noch einmal fragen, ob Sie Wortmeldungen zulassen?

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Wenn ich diesen Gedankengang abgeschlossen habe, bin ich gerne bereit. - Es ist doch richtig: Wenn jemand 100 000 DM verdient, dann braucht er nicht die Unterstützung des Staates für die Ausbildung seiner Kinder im Gegensatz zu jemandem, der nur 25 000 DM verdient.

(Beifall bei der SPD)

(A) (Minister Heinemann)

In der Steuerpolitik machen Sie es genau umgekehrt: Der Kinderfreibetrag hilft demjenigen besonders, der 100 000 DM und mehr hat, und demjenigen gar nichts, der 2 000 DM hat. Es ist ja auch ein Unterschied, ob ich per Gesetz bei 2 000 DM Einkommen im Monat eine Freiheit beim Elternbeitrag garantiere, oder zum Sozialamt gehen muß und Sozialhilfe beantrage.

Zum Teil ist dieses auch ein Stück Gemeindefreundlichkeit, weil hier die Gemeinden einiges Geld einsparen.

Herr Rösenberg, es ist falsch, wenn Sie sagen, es stimme nicht, daß wir bis zu 50 % der Investitionskosten beim Kindergarten finanzierten. Die Kommune gibt den Bewilligungsbescheid. Und wenn die Kommune eine 100%ige Finanzierung übernimmt, bekommt die Kommune einen Landesanteil von 50 %. Ich halte es für eine richtige Lösung, daß wir genau das tun, was die Kommunen tun. Wir liegen hier bei unserer Politik zugunsten der Kommunen und der Träger um mindestens 50 % besser als das Land Rheinland-Pfalz.

(Abgeordneter Rösenberg [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(B)

Schließlich werden wir unsere Anstrengungen in der Drogenpolitik deutlich verstärken können. Allein von 1989 auf 1990 ist die Zahl der Drogentoten um 125 auf 324 Menschen angestiegen.

(Erneute Meldung des Abgeordneten Rösenberg [CDU])

- Herr Rösenberg, ich wollte Ihrer Zwischenfrage nicht ausweichen, habe aber Ihrer Reaktion entnommen, daß Sie auf Ihre Zwischenfrage verzichten. Deshalb bin ich weitergegangen.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, es gibt den Wunsch zu einer Zwischenfrage.

(Minister Heinemann: Bitte!)

- Frau Höhn, bitte.

(C)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Herr Minister Heinemann, Sie haben vorhin gesagt, daß der Unterschied zwischen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen der sei, daß in Rheinland-Pfalz die Kommunen für die Kindertageseinrichtungen und -plätze verantwortlich seien.

Ist Ihnen bekannt, daß das Land Nordrhein-Westfalen genau den gleichen Weg geht und in diesem Jahr das Gemeindefinanzierungsgesetz mit 116 Millionen DM befrachtet hat? Dafür sollen die Kommunen genau das tun, was, wie Sie gesagt haben, in Rheinland-Pfalz zu kritisieren ist, daß nämlich die Kommunen für diese Plätze in Kindertageseinrichtungen aufkommen müssen.

(Beifall bei GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist in keinem Fall ein Vergleich, zumal auch das, was im GFG steht, nicht den Gesamtbetrag dessen ausmacht, was wir an Betriebskostenzuschüssen gegeben haben. Wir haben im Jahre 1990 etwas über 843 Millionen DM an Betriebs- und Investitionskostenzuschüssen aus dem Landeshaushalt für diesen Bereich bereitgestellt.

(D)

Ich will Ihnen die Zahl noch einmal in Erinnerung rufen: Pro Kindergartenplatz gibt das Land Nordrhein-Westfalen - das beschließen Sie - 1 211 DM. Solch angebliche Musterländer wie Bayern oder Baden-Württemberg liegen bei etwas über 800 DM. Der letzte in der Tabelle liegt bei etwa 100 DM. So sind die Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir können uns in jeder Beziehung - gerade hier - mit dem Land Rheinland-Pfalz messen.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Der Bund versucht ja auch, den Rechtsanspruch zu garantieren. Der kann das ebenso freundlich machen. Er weigert sich aber, etwas dazuzahlen. Alle Jugendminister haben auf der Jugendministerkonferenz in Köln beschlossen - egal, ob schwarz

(A) (Minister Heinemann)

oder rot regiert -, daß der Bund zumindest für den Anteil der zu uns kommenden Aussiedler die Finanzierung voll zu übernehmen hat. Denn das ist der Auftrag des Grundgesetzes. Das ist die Beseitigung von Kriegsfolgelasten.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Arentz [CDU]: Unsinn!)

Der Bund hat sich auch hier gedrückt, wie er sich in vielen Bereichen drückt, den Ländern die Einnahmen kürzt und dafür um so mehr Ausgabenverpflichtungen auferlegt.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, Herr Arentz hätte gerne noch eine Zwischenfrage gestellt. Gestatten Sie es?

(Minister Heinemann: Bitte schön, Herr Arentz!)

- Bitte schön, Herr Arentz.

(B)

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Minister, ich möchte Sie fragen - der Frage der Kollegin Höhn sind Sie ja schon etwas eiernd ausgewichen -, wie Sie denn, wenn Sie das Verhalten in Rheinland-Pfalz als kommunalfeindlich bezeichnen, ein Verhalten bezeichnen, wenn ein Land die Kosten für den Bau sämtlicher Übergangsheime aus dem Landeshalt auf die Kommunen abwälzt. Ist Ihnen bekannt, daß dieses Land Nordrhein-Westfalen heißt? Wissen Sie, wie der zuständige Minister heißt?

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Das ist mir bekannt, und ich keane auch den zuständigen Minister. Nur, Herr Arentz: Wir werden auch hier im GFG einmal einen Vergleich mit anderen Ländern anstellen. Dann werden Sie feststellen, daß das Land Nordrhein-Westfalen auch auf diesem Gebiet eine führende Position im Ländervergleich einnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Das wird aber nie in Ihren Kopf hineingehen.

(C)

Lassen Sie mich aber noch etwas zur Drogenbekämpfung und unseren Anstrengungen, die wir dort verstärken, sagen: Allein von 1989 bis 1990 ist die Zahl der Drogentoten um 125 auf 364 Menschen angestiegen. Diese Entwicklung sehen wir mit großer Sorge. Sie verlangt unser entschiedenes Handeln.

Daß wir handeln, ist an den gestiegenen Haushaltsmitteln für 1991 ablesbar. Wir werden sie um über 51 % gegenüber dem letzten Jahr auf 22,4 Millionen DM erhöhen. Damit werden wir sowohl den Bereich der Drogenprävention als auch die konkreten Hilfen für Drogenabhängige spürbar ausbauen; so z. B. im Methadonprogramm, gegen das Sie ja heute immer noch sind. Sie sind das letzte Häuflein, daß sich gegen dieses Programm wehrt. Gott sei Dank hat sich da vieles verändert. Wir werden unsere Anstrengungen dennoch spürbar ausbauen.

Um dies angesichts der angespannten Haushaltslage durch zusätzliche Kosten der Einheit zu schaffen, war es leider nötig, auch auf Einzelkürzungen, Maßnahmenstreckungen und den Mittelumbau zurückzugreifen.

Ich will hier nichts beschönigen: Einzelne Kürzungen waren schmerzlich, und wir sind bis an die Grenze der Belastbarkeit gegangen. Ich denke dennoch, mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf und den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion haben wir nun einen Weg gefunden, auch notwendige Mittelkürzungen sozialverträglich durchzuführen.

(D)

Lassen Sie mich hierzu ganz offen einige Beispiele herausgreifen:

Rund 50 Millionen DM werden wir bei der Erstattung von Sozialhilfeleistungen an die Gemeinden für Asylbewerber und De-facto-Flüchtlinge gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf einsparen. Diese Kürzungen sind vertretbar. Auch wenn die Kommunen als Sozialhilfeträger über die Höhe und die Art der Leistungen auf der Basis des Bundessozialhilfegesetzes frei entscheiden können, machen wir als Land keinen Hehl daraus, daß für uns das Sachleistungsprinzip unbedingten Vorrang hat. Wir werden dies deshalb bei unseren Erstattungsleistungen an die Kommunen berücksichtigen. In unser aller Interesse muß es liegen, den Asylrechtsmißbrauch einzudämmen.

(A) (Minister Heinemann)

men. Nur so werden wir auf Dauer das Grundrecht auf Asyl bewahren können.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

- Ja, ich sage Ihnen noch etwas dazu. Ich bin gefragt worden, Herr Lanfermann, wie das mit der Rechtsverordnung ist. Sie wissen, daß ich mit den Spitzenverbänden eine Abstimmung vornehmen muß. Deshalb kann ich das nicht von einem Tag auf den anderen erledigen. Wir sind in der Abstimmung mit den Spitzenverbänden; Sie können sicher sein, wir bekommen sie.

Herr Arentz, Sie haben hier eine Kürzung der Sozialhilfemittel um 240 Millionen DM, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, beantragt. Wir könnten zwischen 150 und 200 Millionen DM zusätzlich sparen, wenn Ihr Bundesinnenminister endlich bereit wäre,

(Lachen bei der CDU)

(B)

die Bundesanstalt in Zirndorf personell so zu verstärken, daß die Anträge dort nicht in den Aktenschränken verstauben, sondern schnell bearbeitet werden. Ich sage es Ihnen deutlich: 158 000 rückständige Anträge liegen in Zirndorf. Ende 1989 waren es knapp 100 000. Hier ist innerhalb eines Jahres bei den rückständigen Anträgen eine Steigerung um mehr als 50 % eingetreten. 150 bis 200 Millionen DM wären einzusparen, wenn das dort schneller ginge.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, gestatten Sie - -

(Minister Heinemann: Nein, ich will zum Schluß kommen; Sie wollen ja sicherlich auch einmal nach Hause.)

- Gut, danke schön.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Die Umstellung der Sozialhilfe auf Sachleistungen ist ein geeignetes Mittel, um dem Asylrechtsmißbrauch durch Wirtschaftsflüchtlinge und professionelle Menschenhändler zu begegnen. Diejenigen, die wirklich Schutz vor politischer Verfolgung suchen, werden diesen Schritt verstehen. Im übrigen

(C)

meine ich: Durch Sachleistungen werden wir, wie in der Vergangenheit auch, die Versorgung der Asylbewerber in ausreichendem Maße sicherstellen.

Herr Lanfermann kommt auch noch mit dem Vorschlag - das hat er im Ausschuß auch schon vorgetragen -, wir sollten Vorsorge treffen, weil man damit rechnen müsse, daß zwei Millionen Menschen aus der UdSSR kämen. Sollen wir jetzt für zwei Millionen Menschen hier Wohnungen bauen und denen mitteilen: "Wir haben jetzt Wohnungen; kommt ruhig alle in kurzer Zeit"? - Sie haben mir im Ausschuß recht gegeben, daß die Finanzierung dieser Wohnungen Sache des Bundes sei. Sie haben im Ausschuß gesagt: "Da haben Sie völlig recht, ich bin auch Ihrer Meinung". Als Sie gemerkt haben, daß man Sie darauf festnageln könnte, haben Sie versucht, aus dem Sack zu springen, was Sie jetzt vermutlich wieder tun.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Sie verdrehen das immer! Damit kommen Sie nicht weit!)

Ein weiteres Beispiel: Die Kürzung der Mittel für den Rettungsdienst um fünf Millionen auf 31,3 Millionen DM ist schmerzlich, aber angesichts des hohen Standards im Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen sicher vertretbar. Wir liegen auch hierbei, Frau Hieronymi, an der ersten Stelle in der Bundesrepublik Deutschland.

(D)

Auch im Bereich des Krankenhauswesens haben wir einige Kürzungen vornehmen müssen. Es sind insgesamt 9,9 Millionen DM. Es wird sicherlich vertretbar sein, wenn das eine oder andere ein Jahr später geschieht. Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir hätten nicht derartig hohe Wünsche, wenn eine Beteiligung der Krankenhäuser, der Trägergesellschaften, vorhanden wäre, wenn nicht eine 100%ige Finanzierung durch das Land erfolgte.

Herr Arentz wirft mir vor, wir hätten wiederum nur 50 Millionen DM Barmittel für den Bereich der Krankenhäuser im Haushalt. Herr Arentz, sechsmal habe ich es Ihnen schon erklärt, heute das siebtemal; entweder Sie wollen oder Sie können es nicht begreifen: Für mich sind Verpflichtungsermächtigungen wichtiger als Barmittel im Haushalt; denn die Maßnahmen, die bewilligt werden, werden nicht in diesem Jahr, sondern in den kommenden Jahren durch-

(A) (Minister Heinemann)

finanziert werden müssen. Insofern sind die Verpflichtungsermächtigungen für mich sinnvoller und wichtiger, als es mit den Barmitteln überhaupt finanzierbar wäre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich - ich könnte noch vieles hinzufügen -

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Lieber nicht!)

nur noch eine letzte Bemerkung machen. Herr Arentz hat in seinen Ausführungen gesagt, wir Sozialdemokraten redeten für ein linkes Spektrum; wir sollten für die Mehrheit der Menschen reden. So haben Sie sich heute mittag ausgedrückt. Herr Arentz, es ist Ihnen scheinbar seit 24 Jahren entgangen, daß wir für die Mehrheit der Menschen reden; denn die Mehrheit der Menschen im Lande gibt uns seit mehr als 24 Jahren das Vertrauen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Bemerkung, die Sie heute hier gemacht haben, war ein Selbsttor.

(B)

Ihnen, Herr Lanfermann, darf ich im Anschluß daran sagen, nachdem Sie uns vorhin vorgeworfen haben, wir machten einen Haushalt für unsere Klientel: Das ist richtig. Unsere Klientel sind die Mehrheit der Menschen in diesem Lande. Wir kümmern uns nicht nur um 5 % der Menschen. Uns sind die anderen 95 % sicherlich ebenso wertvoll oder wichtiger, während Sie sich auf die 5 % konzentrieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 07 ab, und zwar zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1419. Hier ist für einige Anträge eine Einzelabstimmung beantragt worden, die anderen werden en bloc abgestimmt. Am leichtesten können Sie es verfolgen, wenn Sie die Übersicht zur Hand nehmen.

(C)

Ich rufe auf: Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Anlage 1 zu Drucksache 11/1419, Kapitel 07 010, Stichwort Schwulen- und Lesbenreferat. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf: Änderungsantrag Drucksache 11/1419 Anlage 5, Kapitel 07 040, Stichwort Sozialhilfeberatung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf die Anlage 9 zum Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Kapitel 07 050, Stichwort: Zufluchtstätte für sexuell mißbrauchte Mädchen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Enthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe die Anlage 11, Kapitel 07 060, Stichwort: Betreuung von Asylsuchenden, auf. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

(D)

Ich rufe jetzt auf: Anlage 13; "Arbeitsschutz". Hier war Einzelabstimmung beantragt worden, das habe ich vorher bekanntgegeben. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Wer enthält sich der Stimme? - Ich darf feststellen, der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt die restlichen Anlagen der Drucksache 11/1419 auf, nämlich die

Anlage 2 "Armut und Reichtum in Nordrhein-Westfalen"

Anlage 3 "Programm Mensch und Technik"

Anlage 4 "Teilhabe-Pässe"

Anlage 6 "Sofortprogramm Altenpolitik"

Anlage 7 "Telefonische Beratungsstelle Frauenhandel"

Anlage 8 "Jugendhilfeplan"

(A) (Präsidentin Friebe)

Anlage 10 "Kindertagesstätten"
Anlage 12 "Flüchtlingsvorsorgeprogramm 91".

Diese Anlagen werden en bloc abgestimmt. Wer für diese Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Enthält sich jemand der Stimme? Ich darf feststellen, daß die Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN damit abgelehnt sind.

Ich komme jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU, und zwar in Drucksache 11/1420.

Zunächst lasse ich abstimmen über die Anlage 1 "Alten- und Krankenpflege"; "Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe; Erstattung von Sozialhilfeeinstellungen". Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke schön! Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

(B) Ich rufe auf die Anlage 2 "Kindertageseinrichtungen - weitere Kindergartenplätze". Wer dieser Anlage 2 des Änderungsantrages der CDU Drucksache 11/1420 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Stimmenthaltungen? Ich darf feststellen, dieser Antrag ist abgelehnt.

Damit haben wir die Änderungsanträge behandelt.

Ich rufe jetzt auf die **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/1107**. Wer dieser **Beschlußempfehlung** zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich darf feststellen, der **Beschlußempfehlung** ist zugestimmt worden; damit wurde sie **angenommen**.

Ich rufe jetzt die **zurückgestellte Abstimmung** über den **Einzelplan 02** auf. Dazu liegt Ihnen ebenfalls die **Beschlußempfehlung** mit der **Drucksache 11/1102** vor. Änderungsanträge gab es keine.

Wer der **Beschlußempfehlung** des Haushaltsausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? -

(C)

Danke! Gibt es Enthaltungen? - Damit darf ich feststellen, die **Beschlußempfehlung** ist **angenommen**, und **Einzelplan 02** ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt die Nummer 3 auf!

Einzelplan 05: Kultusministerium

Auch hier liegt Ihnen die **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses mit **Drucksache 11/1105** vor, darüber hinaus die **Änderungsanträge** der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Philipp für die Fraktion der CDU.

Abgeordnete Philipp (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der SPD! Was würden Sie eigentlich sagen, wenn ich mich jetzt hier hinstellen und erklären würde, daß ich es für verfassungsrechtlich bedenklich hielte, wenn wir in wesentlichen Fragen den Elternwillen entscheiden ließen? Ich will Sie nicht in Verlegenheit bringen, aber ich weiß, was Sie sagen würden. Sie würden wahrscheinlich sagen, die Philipp spinnt. Und Sie hätten auch recht. (D)

(Beifall bei der SPD)

- Ich bedanke mich für den Beifall, Herr Frey. Was sagen Sie denn nun, wenn ich es noch einmal wiederhole: Es ist verfassungsrechtlich bedenklich, den Elternwillen entscheiden zu lassen, wenn ich Ihnen sage, daß diese Äußerung von Herrn Knut Nevermann stammt, der Ihnen als der bildungspolitische Mitstreiter bekannt ist und schließlich jahrelang bis vor kurzem Leiter unseres Curriculum-Instituts in Soest gewesen ist? Ja, jetzt höre ich gar keinen Beifall von Ihnen, Herr Frey.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Wie heißt das? Können Sie das noch einmal wiederholen?)

Bezeichnenderweise diffamiert er den Elternwillen, allerdings im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Ausbau des Gesamtschulsystems.